Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 299. Donnerstag, den 22. Dezember 1921. 28. Jahrgang.

Das Urteil im Jagow-Prozeß.

Jagow zu 5 Jahren Festung verurteilt; Schiele und Wangenheim freigesprochen.

Leipzig, 21. Dezember.

Im Jagow-Prozeß wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte Jagow wird wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Zubilligung mildernder Umstände zu 5 Jahren Festung verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und v. Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gesetzliche Verfahren entstandenen Kosten werden der Staatskasse auferlegt. Die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten Jagow zur Last.

•

Das Reichsgericht hat gesprochen. In dem Urteil ist zunächst eine Tatsache wichtig; es bezeichnet den Kapp-Putsch als Hochverrat. Damit hat die Legendenbildung um den sagenhaften und „vaterlandsliebenden“ Kapp, den Liebling der gesamten Rechtspresse, ein ruhmloses Ende gefunden.

Noch wichtiger aber ist uns an dem Urteil ein anderes. Man vergleiche die verhängte Strafe mit der Sühne, die die bayrische Räteregierung oder auch der mitteldeutsche Aufstand gefunden hat. In Bayern allein sind seinerzeit 2209 Personen verurteilt worden, davon 65 zu Zuchthaus, 1737 zu Gefängnis, 407 zu Festung. Der mitteldeutsche Putsch brachte den gesamten Angeklagten über 1000 Jahre Zuchthaus ein.

Man vergleiche mit diesen Zahlen die 5 Jahre Festungshaft, die Jagow als erster, und wahrscheinlich auch als letzter bestrafter Kappverräter abzubüßen hat.

Wer früher wagte, einen Finger gegen das Kaiserreich zu heben, der hatte das Zuchthaustestament in der Tasche. Wer aber mit Tausenden von Soldaten die Republik beseitigen will, der kommt mit Festungshaft davon. Mit einer Einschränkung allerdings: er darf nicht Arbeiter sein; denn in diesem Falle kennen die Gerichte weder Schonung noch Gnade.

Und nun ein drittes. Wangenheim und Schiele waren keine Führer; sie waren nur Minister. Welche Stelle man in solchen Umsturzunternehmungen einnehmen muß, um als Führer angesehen zu werden, das bleibt das Geheimnis des Reichsgerichts. Ein Ministerposten jedenfalls genügt nicht.

Das Reichsgericht hat ein Urteil gesprochen; nicht über Jagow sondern über die deutsche Justiz. Wir wollen hier nicht auf dieses düsterste und traurigste Kapitel in der deutschen Republik eingehen. In der nächsten Woche wird sich sowieso Gelegenheit bieten, nochmals ausführlicher darauf zurückzukommen.

Demokratie als Diktatur.

Vor einigen Tagen gab Paul Levi eine kleine Broschüre heraus: Rosa Luxemburg. Es sind darin eine Reihe von Zitaten wiedergegeben, die geeignet sind, die Stellung Rosa Luxemburgs zu Demokratie und Diktatur in ein völlig neues Licht zu rücken. Deutlich geht daraus hervor, daß Rosa Luxemburg unter Diktatur des Proletariats nichts weiter verstanden wissen wollte, als eine energische Anwendung der Demokratie zur Erringung des Sozialismus. Wenn Rosa Luxemburg schreibt: „Die Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung“, wenn andererseits das in Görlitz beschlossene Programm der Sozialdemokratie sagt: „Die Sozialdemokratische Partei kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft“, so kann zwischen diesen Auffassungen ein prinzipieller theoretischer Unterschied beim besten Willen nicht gefunden werden.

Gewiß gibt es hier graduelle Unterschiede der Taktik und des Temperaments. Aber da auch Rosa Luxemburg ausdrücklich die Diktatur einer Minderheit, die sich durch Handstreich in den Besitz der Staatsgewalt setzt, für ein untaugliches Mittel erklärt, um die geistige Reife des Volkes zu schaffen, die Voraussetzung des Sozialismus ist, so kann man nur immer wieder mit Erstaunen fragen: Warum war nun eigentlich alles? Was sollten der Januarputsch von 1919, was der Märzputsch von 1921, was die dazwischenliegenden Aktionen, die alle so nverschwindenden Minderheiten nicht nur des Volkes, sondern gerade auch des Proletariats ausgingen? Was sollte die furchtbare Zerklüftung des Proletariats nach der Revolution, was die Aufputschung eines Teiles der Arbeiterschaft gegen die Demokratie, was das ständige Bemühen der radikalen Linken, den Arbeitern die Demokratie zu verekeln, wodurch allein bisher die Ausnutzung der Demokratie zur Erringung des Sozialismus verhindert worden ist?! Wenn nach dem 9. November das deutsche Proletariat sich geschlossen und einträchtig bemüht hätte, die gewonnene demokratische Freiheit in wirtschaftliche Freiheit umzusetzen, dann wären wir heute unendlich viel weiter, dann hätte die Demokratie statt bürgerlicher Mehrheiten sozialistische Mehrheiten geliefert, die Voraussetzung für die Durchführung des Sozialismus sind.

Dies wird vielleicht noch klarer, wenn wir auf die Gedankengänge Rosa Luxemburgs näher eingehen. Ihr Ausgangspunkt ist die Verjagung der russischen, aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Konstituante durch die Bolschewisten. Lenin hat diese Maßregel damit verteidigt, daß bei den Wahlen zur russischen Konstituante die inzwischen eingetretene Machtergreifung durch die Bolschewisten den Wählern des Riesenreiches noch nicht zum Bewußtsein gekommen war. Rosa Luxemburg gibt dies zu, aber sie fährt fort:

Daraus ergibt sich von selbst der Schluß, daß sie (die Bolschewisten) eben die verjährte, also totgeborene konstituierende Versammlung, kassierten und ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben!

Sehr energisch widerspricht dann Rosa Luxemburg der These Trotzkis, daß demokratische Wahlkörper nur die politische Reife der Wählerschaft in dem Moment widerspiegeln, in dem sie gerade zur Wahlurne schritt, daß dann aber der lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal Gewählten und der Wählerschaft aufhöre. Sie bemerkt:

Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Erfahrung! Diese zeigt uns umgekehrt, daß das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt.

Rosa Luxemburg führt als Beleg hierfür eine Anzahl historische Beispiele an, das „lange Parlament“ in England, die Generalstaaten Frankreichs, selbst die letzte russische Duma, um dann fortzufahren:

Das alles zeigt, daß „der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen“ einen kräftigen Korrektor hat — eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung — trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten usw. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Uebel, dem es steuern soll; es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.

Aus diesen Gedankengängen gelangt Rosa Luxemburg zu einer gänzlichen Verwerfung des von den Bolschewisten eingeführten Wahlrechts, das die Bourgeoisie ausschließt:

Hingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausspricht, das sie politisch

Vor einer europäischen Konferenz?

SPD. Berlin, 21. Dezember.

Die Verhandlungsgrundlage für eine allgemeine europäische Konferenz zu finden, ist offenbar das Ziel, auf das die gegenwärtigen Besprechungen der beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Briand in London hinauslaufen. Auch Briand scheint einer solchen Konferenz nicht mehr grundsätzlich abgeneigt, wenn auch die Pressestimmen, die schon von einer neuen Entente mit Deutschland sprechen, vorläufig nur als Versuchsballons aufzufassen sind, denen einstweilen noch jede Möglichkeit, festen Boden zu finden, fehlt. Zunächst steuert Frankreich sehr zielbewußt auf ein dauerndes militärisches Bündnis mi tEngland los. Und England ist zum Entgegenkommen — unter gewissen Bedingungen bereit. Folgendermaßen formuliert „Daily Mail“ das Ergebnis der Besprechungen, auf das sich die beiden Ministerpräsidenten heute oder morgen einigen würden:

1. England wird auf seinen Anteil an den Reparationen verzichten.

2. England wird Frankreichs Schulden aufheben und dafür von Frankreich deutsche Schuldscheine in ebensolcher Höhe entgegennehmen, die es dann vernichten wird.

3. Als Kompensation wird die Entente in eine Allianz umgewandelt werden. Frankreich soll sich verpflichten, abzurüsten und keine gegen England gerichteten Rüstungen zur See unternehmen. England wird Frankreich gegen Angriffe zur See beschützen.

4. Diese Abmachungen werden einer europäischen Konferenz zur Genehmigung unterbreitet werden, zu der auch Rußland eingeladen würde.

•

WTB. London, 21. Dezember.

Ueber die Konferenz verlautet noch: Lloyd George schlug für Anfang Januar eine Fünfmächtekonferenz vor, wozu auch Vertreter Rußlands und Deutschlands eingeladen werden sollen.

Die Londoner Besprechungen sollen Donnerstag oder Freitag zu Ende gehen, da Lloyd George beabsichtigt, am Freitag sich für die Weihnachtsfeier aufs Land zurückzuziehen.

Ein französischer Vorschlag.

Der „Temps“ legt in seiner gestrigen Abendausgabe den Standpunkt dar, den Frankreich nach seiner Meinung bei den Londoner Besprechungen durchsetzen müßte. Das Blatt schreibt, es habe keinen Zweck, Deutschland von den 132 Milliarden seiner Schuld etwas nachzulassen. Nicht die letzte Milliarde bereite Deutschland Schwierigkeiten, sondern die nächste. Deutschland könne diese Milliarde nicht bezahlen, weil es bevorzugte Stände gebe, die nicht zahlen wollen. Deutschland dadurch entgegenzukommen, daß England auf die Zahlung der französischen Schuld verzichtet und dafür Deutschlands Schuldverschreibungen annehme, sei nicht angängig. Deutschland muß zahlen. Da man im April dieses Jahres diesen Grundsatz aufgestellt habe, dürfe man ihn auch nicht im Dezember fallen lassen, weil man sonst auf den „betrügerischen Bankerott“ Deutschlands eine Prämie aussetzen würde. Notwendig sei, daß alle Gläubiger Deutschlands Naturalleistungen entgegennehmen. Allerdings werde es dabei eine große Schwierigkeit geben, weil die deutschen Leistungen in dieser Hinsicht so zahlreich werden würden, daß man sie für die zerstörten Gebiete allein nicht verwenden könnte. Deshalb sollten diese in ganz Frankreich zu Notstandsarbeiten herangezogen werden, wie zum Beispiel zu Kanalisationsarbeiten, elektrischen Anlagen usw. Dabei bliebe trotzdem die Notwendigkeit einer teilweisen Bezahlung in Geld bestehen. Diese Geldsumme könnte Deutschlands allerdings nur durch eine auswärtige Anleihe aufbringen, die zu erhalten sehr schwierig sei. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen litten in Deutschland die Bürger, Beamten und Arbeiter sehr, während die bevorzugten Klassen sogar den Bankerott Deutschlands dazu benutzen wollten, um sich den Steuerzahlungen zu entziehen. Daraus schließt der „Temps“, daß eine strenge alliierte Finanzkontralle notwendig sei, damit die Reichsregierung auch den bevorzugten Klassen die Steuern auferlege und sie sich davor nicht mehr drücken könnten, da sonst eine Revolution in Deutschland drohen würde.

Unstimmigkeiten.

London, 22. Dezember.

Lloyd George plädierte für eine bedeutende Reduzierung der Schuldsumme, die in erträgliche und erfüllbare Grenzen festgesetzt werden soll. Die französische Delegation habe dagegen die Ansicht vertreten, daß Deutschland nur versuche, sich seinen Zahlungsverpflichtungen zu entziehen. Die Sachverständigen haben versucht, eine einheitliche Formel zu finden, bis zur Stunde ist jedoch ein Beschluß noch nicht gefaßt. Augenblicklich besteht so wenig Aussicht auf eine Einigung, daß Briand seine Rückreise, die gestern nachmittag erfolgen sollte, vorläufig verschoben hat. Er wird nicht vor Sonnabend nach Paris zurückkehren.

Dr. Rathenau hatte wiederum eine Besprechung mit Sir Robert Horne, während Briand zum ersten Male während seines diesmaligen Aufenthaltes eine Konferenz mit Lord Curzon hatte.

Die albanische Regierung gestürzt.

Belgrad, 22. Dezember.

Die Beamten des Ministeriums in Tirana wurden von Anhängern Essad Paschas gestürzt. Das neue Kabinett wurde von Anhängern Essad Paschas gebildet. Achmed Bey, ein Verwandter Essad Paschas, marschiert an der Spitze der gut bewaffneten Truppen auf Tirana. Die Delegierten des Völkerbundrates sind von Tirana abgereist.

Der 9. November Feiertag.

Beschluß der braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 20. Dez.

Die Landesversammlung hat mit 29 Stimmen der Linken gegen 27 Stimmen der Rechten beschlossen, den 9. November als gesetzlichen Feiertag zu erklären und den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben.

Dollarkurs: 181 Mark (Vorbörse).

außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst einen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation.

Für falsch erklärt die Verfasserin auch die These Lenins, das die Diktatur des Proletariats eine einfache Umkehrung der Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie in eine Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat sei. Lenin übersieht, daß die bürgerliche Klassenherrschaft keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse braucht, ohne die die Herrschaft des Proletariats nicht zu existieren vermag. Aber Trotzki und Lenin haben „durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft". „Politische Schulung der Massen," so fährt Rosa Luxemburg fort, „ist ohne politische Freiheit nicht möglich." Aber:

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit", sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit" zum Privilegium wird.

Ebenso richtig erkennt Rosa Luxemburg, daß man durch Dekrete und Gewaltmaßnahmen nur die Hindernisse des Sozialismus beseitigen, aber nicht den Sozialismus aufbauen kann:

Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht.

Auch die Versicherung, daß die Demokratie wieder eingeführt werden solle, wenn erst der Sozialismus restlos verwirklicht sei (in Rußland sieht man heute nichts davon), vermag Rosa Luxemburg nicht zu befriedigen. Sie schreibt:

Sozialistische Demokratie beginnt nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Damit zerstört Rosa Luxemburg auch die Brücke, die sich gewisse Linksradikale des unabhängigen Lagers, wie etwa Crispien, zwischen Demokratie und Diktatur gebaut haben. Das Leipziger Programm der USP. faßt bekanntlich die Diktatur als Uebergangsstadium auf, das später durch die Demokratie ersetzt werden soll. In den Sätzen Rosa Luxemburgs findet sich klar ausgesprochen, daß dieses Programm auf falscher Denkweise beruht. Tatsächlich ist das ganze Diktaturprogramm der USP. weniger aus innerer Ueberzeugung als aus agitatorischen Gründen, aus Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz entstanden. Hatte auch Ledebour auf dem Gothaer Parteitag von 1917 ausgesprochen: „Wir sind Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. . . . . Wenn wir aus irgend einem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müssen wir ihn wieder einführen."

Die USP. steht vor einem neuen Leipziger Parteitag. Von den Eberlein-Kommunisten erwarten wir keine innere Bekehrung. Aber die Unabhängigen sollten sich gestehen, daß sie unter der Revolutionspsychose zeitweilig falsche Bahnen eingeschlagen haben, die noch wenige Monate vor der Revolution im Zustand nüchternen Denkens selbst von so radikalen Politikern wie Rosa Luxemburg und Georg Ledebour auf das entschiedenste verworfen worden sind.

(„Vorwärts.")

Verfassunggebende Versammlung in Sowjet-Rußland?

Eine Bedingung Frankreichs und Amerikas.

Laut der „Chicago Tribüne" liegen in Paris zuverlässige Nachrichten vor, daß die russische Sowjetregierung vor dem 1. Februar die verfassunggebende Versammlung einberufen werde, in der alle politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Einberufung werde von den Vereinigten Staaten und Frankreich als conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) für die Anerkennung der Sowjetregierung gefordert. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Versammlung würden die alliierten und assoziierten Mächte eine Konferenz zur Erörterung der formellen Friedensbedingungen der Sowjets abhalten. Eine führende Rolle bei der Beeinflussung der bolschewistischen Führer unter Einschluß Lenins im Sinne dieses Schrittes spielen nach dem Blatte Briand und Hoover.

Gehaltsbewegung der Beamten.

Verhandlung auf Donnerstag verschoben.

SPD. Berlin, 21. Dezember.

Die Verhandlungen zwischen dem preußischen Finanzministerium und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben, wie geplant, am Mittwoch noch nicht stattfinden können, da eine wichtige Kabinettssitzung den Minister zur Vertagung der Besprechungen auf Donnerstag veranlaßten. Die Gewerkschaften werden grundsätzlich auch gegenüber dem Reichsfinanzministerium auf ihren Forderungen bestehen und vor allen Dingen eine Erhöhung der Grundgehälter verlangen. Soweit die Art der Erhöhung in Frage kommt, haben die Gewerkschaften ihre bisherigen Anschauungen revidiert und sind bereit, diesbezüglich an der Festsetzung anderer Sätze mitzuwirken. Hierzu hat man sich entschlossen, weil inzwischen der Ausverkauf eine starke Eindämmung erfahren hat, sich damit auch die Verhältnisse änderten und weil letzten Endes die außenpolitische Situation eine gewisse Zurückhaltung erfordert. Die Spitzenorganisationen erwarten, daß die Regierung, die bisher alle Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen abgelehnt hat, nunmehr gleichfalls einlenkt und dazu beträgt, daß die augenblickliche Erregung innerhalb der Beamtenschaft bald beigelegt wird.

Straferlaß für die Opfer der Sondergerichte.

Noch vor Weihnachten.

SPD. Berlin, 21. Dezember. (Drahtbericht.)

Wie wir erfahren, wird auf Wunsch des Reichspräsidenten der Reichsjustizminister noch vor Weihnachten einer großen Anzahl Verurteilten, die auf Grund sondergerichtlichen Urteils bis zu einem Jahr zu verbüßen haben, Strafunterbrechung zuteil werden lassen mit der Aussicht auf bedingten Straferlaß, Nachprüfung der einzelnen Urteile.

*

Diese Maßnahme des Reichspräsidenten wird einem beträchtlichen Teil der Familien, die ihren Ernährer seit vielen Monaten vermissen, zur größten Weihnachtsfreude gereichen, besonders, da wohl angenommen werden kann, daß die Strafunterbrechung für die meisten faktisch Straferlaß bedeutet.

Was geschieht mit den verhafteten Spaniern?

SPD. Berlin, 21. Dezember.

Genosse Hermann Müller hat im Reichstag folgende kleine Anfragen eingebracht:

„Nach Zeitungsmeldungen ist beabsichtigt, die Spanier, die von den spanischen Behörden der Teilnahme an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato bezichtet werden, der spanischen Regierung auszuliefern. Entsprechen diese Meldungen der Wahrheit?

Wie gedenkt die Reichsregierung die Auslieferung dieser politischen Verbrecher zu rechtfertigen? Hat sie, die Richtigkeit dieser Meldungen vorausgesetzt, Schritte getan, um eine Bestrafung der Ausgelieferten zu hindern, die dem Empfinden weiter Volkskreise in Deutschland widersprechen würde?

Schriftliche Antwort genügt."

Noch ein Ankläger!

Aus den Mauern des Zuchthauses erhebt sich nach Kurt Franke eine weitere anklagende Stimme gegen Hugo Eberlein. Um die Wirkung der Veröffentlichung des Zetkin-Materials abzuschwächen, hatte Eberlein bekanntlich die Behauptung aufgestellt, daß der Siegessäulen-Attentäter Hering (Ferry) ein Polizeispitzel und heimlich aus dem Zuchthaus in Rendsburg entlassen worden sei. Diese Lüge wurde damals sogleich richtiggestellt. Jetzt veröffentlicht „Die Aktion" eine Zuschrift des Ferry-Hering aus der Zuchthauszelle in Rendsburg, in der Ferry mit den heftigsten Ausdrücken gegen Eberlein protestiert und sich gegen die Verleumdung wendet, daß er ein Polizeispitzel sei. Die Zuschrift schließt mit den Worten:

Würden die Eberlein und Konsorten die Flüche vernehmen, die gegen sie ausgestoßen wurden von den eingekerkerten Revolutionären, als ihnen das Zetkin-Material enthüllt wurde, sie würden spurlos von der Bildfläche verschwinden. Aber sie werden nicht diese Konsequenz ziehen, denn diese Konsequenz ziehen nur ehrliche und moralisch hochwertige Revolutionäre, nicht aber die Eberlein und Konsorten!

Der Rat Ferrys ist nicht neu. Er ist der Eberlein-Zentrale schon von Paul Levi erteilt, aber natürlich nicht von ihr befolgt worden. Die Eberlein und Genossen erklären lieber ihre Opfer für Polizeispitzel, wie sie es ja auch mit Utzelmann-Kempin gemacht haben, den sie im Plenum des Preußischen Landtages als Polizeispitzel abschüttelten, im Untersuchungsausschuß dagegen als aufrechten Revolutionär feierten!

Ein Chamäleon.

Herr v. Priesdorff, der eine Zeitlang Inspektor der Schutzpolizei war und vom Genossen Severing gegen Ende seiner ersten Ministerschaft wegen unglaublicher finanzieller Mißwirtschaft seines Postens enthoben wurde, erfreut sich seit diesem Zeitpunkt des besonderen Wohlwollens der Reaktion. Die deutschnationale und deutschvolksparteiliche Presse läßt ihn sich in ihren Spalten ausschreiben über „radikale Mißwirtschaft" in der Schutzpolizei. Herr v. Priesdorff macht heute den Anwalt aller reaktionären Bestrebungen in der Schutzpolizei, er unterhält Verbindungen mit der Gruppe Ponimski, der Gruppe Stennes, er bekämpft die „gewerkschaftlichen Ideen" der Beamtenverbände usw., usw.

Die „Soz. Korr." veröffentlicht nun einige Zitate aus früheren Denkschriften des Herrn v. Priesdorff, die diesen Mann als sehr wandelbaren Charakter erscheinen lassen. In seinen Denkschriften, die aus dem Jahre 1919/20 stammen, vertritt von Priesdorff ganz entgegengesetzte Anschauungen wie heute. Herr v. Priesdorff beruft sich u. a. darauf, daß er nicht erst am 9. November sein freiheitliches Herz entdeckt habe; diese Novembersozialisten „kann man nur mit Verachtung strafen". Aber das Gute auch vom Offizierkorps „in die sozialistisch-republikanische Armee hinüberzureiten", betrachtet er als seine Aufgabe. Der Offizier sei jetzt verhaßt geworden „durch die Verbrechen, die Ludendorff und seine Organe am deutschen Volk begangen haben, die jungen Schnösels von Leutnants, den hirnverbrannten vaterländischen Unterricht". Viele Offiziere hätten unerhört gehandelt, gegen sie würde man rücksichtslos durchgreifen. Aber das Gute am Offizierkorps müsse man erhalten, ebenso wie „das Gute, das in der Schaffung der Soldatenräte liegt — und ich möchte sie niemals wieder abgeschafft sehen." — Zugleich empfahl Herr v. Priesdorff weites Entgegenkommen an die sogenannten Hamburger Punkte des Rätekongresses: „Wer von den Offizieren hiermit nicht einverstanden ist, mag seiner Wege gehen; um ihn ist es nicht schade."

Dieser Mann, der die Soldatenräte nicht abgeschafft wissen wollte, ist heute der Sachverständige der Deutschen Volkspartei für die Bekämpfung von Beamtenorganisationen, für die Militarisierung der Schutzpolizei. Tut die Deutsche Volkspartei wirklich klug daran, sich diesem wandelbaren Mann anzuvertrauen?

Gesetze.

Von Voltaire.

Zu den besten Werken Voltaires gehört das Philosophische Wörterbuch (1764). Es enthält in alphabetischer Ordnung seine glänzendsten Artikel gegen den alten feudalen Staat. Das Büchlein war für die damaligen Verhältnisse so krass, daß Voltaire sich vor jedermann als Verfasser verleugnete. Wenige Schriften haben aber soviel zur Revolutionierung der Menschheit beigetragen. Voltaire stellt im folgenden Abschnitt die unmöglichen Gesetze zusammen, die damals galten und erhebt in drittletzten Absatz Forderungen, die damals revolutionär waren und es wohl noch lange sein werden.

*

Ich ging wegen einiger Geschäftsangelegenheiten nach Versailles; dort sah ich eine schöne Dame vorbeigehen, in deren Gefolge andere schöne Damen waren. „Wer ist die Dame?" fragte ich einen Parlamentsadvokaten, welcher bei mir war; denn ich hatte einen Prozeß bei dem Parlament zu Paris und hatte gern meinen Advokaten immer zur Seite. „Das ist die Tochter des Königs", sprach er; „sie ist liebenswürdig und wohltätig; es ist recht schade, daß sie in keinem Falle jemals Königin von Frankreich werden kann." „Wie?" fragte ich, wenn unglücklicherweise alle ihre Verwandten und die Prinzen von Geblüt sterben würden (was Gott verhüten möge!), könnte sie dann nicht das Königreich von ihrem Vater erben?" — „Nein", sagte der Advokat, „das Salische Gesetz verbietet es ausdrücklich." — „Und wer hat dieses Salische Gesetz gemacht?" sprach ich zum Advokaten. „Das weiß ich nicht", sagte er, „aber man behauptet, daß es bei den Saliern, einem alten Volke, das weder schreiben noch lesen konnte, ein geschriebenes Gesetz gegeben habe, welches besagte, daß im salischen Lande eine Tochter liegende Güter nicht erben dürfe; und dieses Gesetz ist in unserem nichtsalischen Lande angenommen worden." —

„Und ich", erwiderte ich, „kassiere es, Sie haben mir gesagt, diese Prinzessin sei liebenswürdig und wohltätig, also hat sie ohne Zweifel ein Recht auf die Krone, wenn das Unglück eintreten sollte, daß sie allein von dem Königsgeschlecht übrig bliebe; meine Mutter hat ihren Vater beerbt, und ich will, daß diese Prinzessin den ihrigen beerbe."

Am folgenden Tage wurde mein Prozeß in einer Kammersitzung des Parlaments entschieden, und ich wurde einstimmig verurteilt. Mein Advokat sagte mir, ich würde in einer anderen Kammersitzung einstimmig gewonnen haben. „Das ist sehr komisch", sagte ich ihm; „so hat denn jede Kammer ein anderes Gesetz?" — „Ja", sprach er, „es gibt 25 Kommentare über das Pariser Gewohnheitsrecht, das heißt, man hat fünfundzwanzigmal bewiesen, daß das Pariser Gewohnheitsrecht unklar ist, und wenn es fünfundzwanzig Richterkammern gäbe, so könnte man fünfundzwanzig verschiedene Arten der Rechtsprechung haben." „Wir haben", so fuhr er fort, „fünfzehn Meilen von Paris entfernt eine Provinz, die die Normandie heißt; dort hätten Sie ein ganz anderes Urteil erhalten als hier." — Hierdurch bekam ich Lust, die Normandie zu besuchen. Ich reiste mit einem meiner Brüder hin. In der ersten Herberge trafen wir einen jungen Mann, der in Verzweiflung war. Ich fragte ihn nach seinem Mißgeschick; er antwortete, daß er einen älteren Bruder habe. „Ist denn das ein großes Unglück, einen Bruder zu haben?" fragte ich ihn; „mein Bruder ist älter als ich, und wir leben gut zusammen!" — „Ach mein Herr", sagte er, „das Gesetz hier gibt dem ältesten Bruder alles und läßt dem jüngeren nichts." Ich erwiderte: „Sie haben Grund dazu, unwillig zu sein; bei uns wird gleichmäßig geteilt, und bisweilen lieben die Brüder einander trotzdem nicht."

Durch diese kleinen Abenteuer wurde ich zu hübschen und tiefen Betrachtungen über die Gesetze veranlaßt; ich sah ein, daß es sich mit ihnen so verhält, wie mit unseren Kleidern: ich habe in Konstantinopel einen Dolman und in Paris einen Leibrock tragen müssen.

Wenn alle menschlichen Gesetze bloß auf Uebereinkunft beruhen, sagte ich, so muß man nur verstehen, sein Geschäft zu machen. Die Bürger von Dehli und Agra sagen, daß sie mit Tamerlan ein sehr schlechtes Geschäft gemacht haben; die Bürger von London gratulieren sich dazu, mit dem Könige Wilhelm von Oranien ein sehr gutes Geschäft gemacht zu haben. Ein Londoner Bürger sagte mir eines Tages: „Die Notwendigkeit gibt die Gesetze, und die Gewalt schafft ihnen Gehorsam. Ich fragte ihn, ob die Gewalt nicht auch zuweilen Gesetze gebe, und ob der Bastard Wilhelm der Eroberer ihnen nicht Verordnungen gegeben habe, ohne sie zu fragen? „Ja", sagte er, „wir waren damals Sachsen. Wilhelm legte uns ein Joch auf und trieb uns mit dem Stachelstocke; seitdem sind wir Menschen geworden, nur die Hörner sind uns geblieben, und damit stoßen wir jeden, der uns für sich arbeiten lassen will, statt für uns selbst."

Voll von diesen Betrachtungen, gefiel es mir zu denken, daß es ein natürliches Gesetz gebe, welches von jeder menschlichen Uebereinkunft unabhängig sei: die Frucht meiner Arbeit muß mir gehören; ich muß meinen Vater und meine Mutter ehren; ich habe kein Recht auf das Leben meines Nächsten und mein Nächster keins auf das meinige, und so weiter. Aber als ich daran dachte, daß von jeher der Soldat im Kriege das Recht gehabt hat, seine Mitmenschen zu töten und zu plündern, wurde ich tief betrübt.

Man sagte mir, es gebe Gesetze unter den Spitzbuben, und es gebe auch welche im Kriege. Ich fragte, worin diese Kriegsgesetze bestünden? „Darin", wurde mir gesagt, „daß man einen tapferen Offizier hängt, der sich auf einem schlechten Posten ohne Kanonen gegen eine Armee des Königs gehalten hat (eine historische Anspielung); daß man einen Kriegsgefangenen hängt, wenn einer von eueren Leuten gehängt worden ist (als Repressalie); daß man mit Feuer und Schwert die Dörfer verwüstet, die nicht ihre ganze Kontribution bis zum bestimmten Tage aufgebracht haben, gemäß den Befehlen des gnädigen benachbarten Fürsten." „Schön", erwiderte ich, „das ist also der Geist der Gesetze!"

Durch weitere Nachforschungen entdeckte ich, daß es weise Gesetze gibt, nach denen ein Schäfer zu neun Jahren Galeerenstrafe verurteilt wird, wenn er seinen Hämmeln ein wenig ausländisches Salz gegeben hat. Mein Nachbar wurde zugrunde gerichtet durch einen Prozeß über zwei ihm gehörige Eichen, die er in seinem eigenen Gehölz fällen ließ, ohne vorher eine Formalität zu erfüllen, die er nicht kennen konnte; sein Weib starb im Elend, und sein Sohn lebt im Unglück. Ich gebe zu, daß diese Gesetze gerecht sind; obwohl die Ausführung etwas hart ist; aber ich weiß jenen Gesetzen schlechten Dank, die hunderttausend Menschen erlauben, rechtlicherweise hunderttausend Nachbarn umzubringen. Mir scheint, daß die meisten Menschen von der Natur hinreichend gesunden Menschenverstand erhalten haben, um gute Gesetze zu machen.

Man möge alle einfachen und friedlichen Landwirte von einem Ende der Erde bis zum anderen zusammenberufen: sie werden sämtlich leicht darüber einig werden, daß es erlaubt sein muß, einen Ueberschuß von Korn an die Nachbarn zu verkaufen, und daß ein Gesetz, welches dies verbietet, inhuman und unvernünftig ist; daß die Geldmünzen, welche den Wert der Waren repräsentieren, ebensowenig verfälscht werden dürfen wie die Früchte der Erde; daß ein Familienvater Herr in seinem Hause sein soll; daß die Religion die Menschen versammeln darf, um sie zu einigen, aber nicht, um Fanatiker und Verfolger aus ihnen zu machen; daß diejenigen, die arbeiten, sich nicht der Früchte ihrer Arbeit berauben lassen dürfen, um den Aberglauben (die Kirche) und den Müßiggang (den Adel) damit auszusteuern; sie werden in einer Stunde dreißig derartige Gesetze aufstellen, die sämtlich dem menschlichen Geschlecht von Nutzen sein werden.

Aber ein Eroberer vom Schlage eines Tamerlan kommt und erobert Indien; da werdet ihr nur noch willkürliche Gesetze sehen. Eins wird eine Provinz ruinieren, um einen Hofbankier Tamerlans zu bereichern; ein anderes wird ein Staatsverbrechen daraus machen, wenn jemand von der Maitresse des ersten Kammerdieners eines Fürsten Uebles redet; ein drittes wird dem Landmann die Hälfte der Ernte rauben und ihm den Rest noch streitig machen; endlich wird es Gesetze geben, denen zufolge ein tatarischer Beamter deine Knaben in der Wiege in Beschlag nehmen wird, um aus dem starken einen Soldaten, aus dem schwachen einen Eunuchen zu machen und Vater und Mutter ohne Stütze, ohne Trost zu lassen.

Was ist denn nun besser, Tamerlans Hund zu sein oder sein Untertan? Es ist klar, daß sein Hund in einer weit besseren Lage ist.

Aus dem „roten" Thüringen.

Landtagskämpfe.

Aus Weimar schreibt man dem „Vorwärts":

Das Grundsteuergesetz ist in dem neugewählten Thüringer Landtag bereits durch die erste Lesung gegangen und im Januar folgt die zweite. Die sozialistische Thüringer Regierung hält mit den sozialistischen Parteien an der Besteuerung nach dem „gemeinen Wert" fest. Die Bürgerlichen kämpfen für die Besteuerung nach dem „Ertragswert". Ob eine Einigung im Ausschuß erzielt wird, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden. Die Kommunisten, die bekanntlich im ersten Thüringer Landtag das Grundsteuergesetz abgelehnt und dadurch die Auflösung des Landtages herbeigeführt hatten, erklärten jetzt, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme noch vorbehalten. Jedoch ist zu hoffen, daß sich diesmal für die Vorlage eine Mehrheit findet. Der heftigste Kampf entbrannte bei dem Beamtenbesoldungsgesetz. Das Staatsministerium hatte die Reichsbesoldungssätze nur bis Gruppe 10 übernommen. Von Gruppe 11 ab hat sie eine Kürzung der Gehälter wie folgt vorgenommen:

	Reich	Thüringen
Gruppe 11	30 000—44 000	29 000—43 000
Gruppe 12	38 000—57 000	34 000—52 000
Gruppe 13	53 000—80 000	52 000—65 000

In den Sondergruppen A und G betragen die Gehälter in Thüringen 52 000—75 000 Mark. Die Ministergehälter in Sondergruppe C sind mit 80 000 Mark festgelegt.

In gründlicher Rede bewies der Finanzminister Genosse Hartmann, daß mit diesem Gehalt Minister und obere Beamte in Thüringen auskommen müßten.

Die Rechte forderte auch bei den Gruppen 11—13 die Reichssätze und sagte der Regierung schwersten Kampf an, falls die Vorschläge der Regierung angenommen werden sollten. Nach dem der Ausschuß die Sätze der Thüringer Regierung angenommen hatte, entbrannte in der zweiten Lesung im Landtage der Kampf noch einmal auf der ganzen Linie. Die bürgerlichen Abgeordneten mit Einschluß der Demokraten fuhren schwerstes Geschütz gegen die Kürzung der oberen Gruppen auf, aber die Landtagsmehrheit blieb fest, und so wurde die Regierungsvorlage ohne Aenderung verabschiedet. Nun muß abgewartet werden, ob die oberen Beamten, wie die bürgerlichen Abgeordneten ankündigten, Thüringen verlassen werden. Angst darum ist es der sozialistischen Regierung nicht.

Es wurde noch folgende Entschließung der sozialistischen Parteien angenommen:

Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, alsbald eine Neuregelung der Beamtenbesoldung vorzunehmen, bei welcher das Existenzminimum auch für die unteren Gehaltsgruppen gewährleistet ist und in welcher ein sozialer Ausgleich in der Gehaltsspannung zwischen den Gehaltsgruppen durchgeführt wird.

Während bei der Endabstimmung die bürgerlichen Abgeordneten für das Besoldungsgesetz stimmten, lehnten die Kommunisten es ab; sie hatten beantragt, daß das ganze Besoldungsgesetz nur aus 4 Gruppen bestehen dürfe. Mit dieser Auffassung standen die 6 Kommunisten ganz allein.

Nach Weihnachten wird außer dem Grundsteuergesetz der Etat und die neue Kreiseinteilung verabschiedet werden. Große Kämpfe stehen bevor. Die Bürgerlichen hoffen, daß bei einer dieser großen Fragen die Regierung zusammenbrechen wird. Die Herrschaften werden sich irren. Die rein sozialistische Regierung steht auf dem Boden der realen Wirklichkeit un dist viel leistungsfähiger als die frühere demokratisch-sozialistische Regierung.

Roßbach feiert Feste.

Aus Kreuzburg in Oberschlesien schreibt man dem Pressedienst: Trotz Auflösung durch die Reichsreigerung beging die Arbeitsgemeinschaft Roßbach unter dem Deckmantel eines Wohltätigkeitsfestes am letzten Sonntag hier ein Fest, dessen Zweck allen Eingeweihten klar war und aus einem (uns vorliegenden Red.) Plakat deutlich ersichtbar ist. Der Saal war mit schwarz-weiß-roten Flaggen geschmückt und die Roßbachleute gaben sich mit dem Jungdeutschen Orden und dem deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund ein Stelldichein. Aus dem „unpolitischen" Festprolog seien nur zwei Zeilen zur Charakterisierung mitgeteilt:

„Trotz Regierungs- und Ententeverbot
Weht stolz die Flagge schwarz-weiß-rot!"

In einem Festgesang kamen die erhebenden Stellen vor: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland" und „Trotz Schmach und Schande wollen wir weiter leben". Den Clou des Abends bildete die Nagelung einer Roßbach-Fahne, die auf einem mit Trauerflor umgebenen schwarz-weiß-roten Wappen angebracht und als Hochzeitsgeschenk für Roßbach bestimmt wurde. Auch Bürgermeister Reche opferte auf dem Roßbach-Altar 100 Mk. Roßbach selbst war aus Berlin mit seinem Stabe, Leutnant Beckers und Rittmeister v. Loen, erschienen.

Die Mitteilung von dem Verbot der Reichsregierung wurde von einem Mitglied der Roßbach-Garde mit folgenden Worten quittiert: „Auf Befehl der Regierung mußte die Arbeitsgemeinschaft Roßbach aufgelöst werden, sie ist aufgelöst worden, aber wir haben einen Ersatz. Die A. G. R.-Erlebnisse sind verboten und beschlagnahmt worden; trotzdem werden diese binnen kurzem gedruckt erscheinen. Und weil wir aufgelöst sind, bringen wir jetzt etwas ganz Pfiffiges!" Nach diesen verheißungsvollen Worten hob sich der Vorhang und man sah auf der Bühne ein lebendes Bild, das symbolisch die Bereitschaft der Roßbacher zeigte, auch weiter für die Roßbach-Flagge zu kämpfen.

Der Reichsregierung erwächst aus diesen Vorgängen die Aufgabe, mit allem Nachdruck für die strikte Durchführung ihres Auflösungserlasses einzutreten, damit die Landplage endlich einmal verschwindet.

Wieder Adelsregimenter!

Eine Korrespondenz sucht die Reichswehr gegen den Vorwurf der Bevorzugung des Adels bei der Offiziersstellenbesetzung zu schützen. Sie führt an, daß von 3759 Offizieren der Reichswehr nur 799 aus adligen Familien stammten, also beinahe ein Viertel.

Wird man schon diesen Prozentsatz keineswegs als niedrig anzusehen haben, so verschiebt sich das Bild noch bedeutend, wenn man in die Einzelheiten geht. Von 32 Generälen der Reichswehr sind 18 adlig, d. h. weit über die Hälfte. Von 601 Kavallerieoffizieren sind 265 adlig, d. h. beinahe die Hälfte. Bei der Infanterie und namentlich bei den technischen Truppen, tritt dagegen der Prozentsatz der Adligen sehr stark zurück, ihnen ist nach wie vor die „feudale" Waffe der Kavallerie reserviert. Auffallen muß es auch, daß das in Potsdam stehende Reichswehrregiment 9 von 71 Offizieren 40 Adlige zählt, das in Pasewalk stehende Regiment 6 bei 32 Offizieren 22 Adlige. Dies wird erklärt aus der „Traditionspflege", weil die Regimenter 9 und 6 die Tradition von Garderegimentern weiterpflegen. Traditionen in dem Sinne, das bestimmte Regimenter, wie einst die Garderegimenter, in der Hauptsache dem Adel vorbehalten sind, haben in der Republik um so weniger Berechtigung, als der Adel ja formell abgeschafft ist und das „von" nur als Namensbestandteil fortexistiert.

Wilhelms Rechtfertigung.

In großer Aufmachung veröffentlicht die Rechtspresse einen Schriftwechsel zwischen Hindenburg und dem ehemaligen Kaiser, dessen wesentlichen Inhalt die Frage der Kriegsschuld bildet. Die Briefe rühren aus dem Frühjahr dieses Jahres (März und April) her, und man würde sich vergeblich fragen, was gerade jetzt, nach dreiviertel Jahren Grund zu ihrer Veröffentlichung bieten könnte, wenn nicht ein kleiner Umstand einen Fingerzeig böte: Vor kurzer Zeit sind Wilhelms „Vergleichende Geschichtstabellen" im Druck erschienen, und da der Schriftwechsel mehrfach auf dieses — nebenbei historisch völlig wertlose — Machwerk Bezug nimmt, so wird man seine Veröffentlichung als einen buchhändlerischen Propagandatrick am besten charakterisieren.

Ueber das uns im Versailler Vertrag aufgezwungene Schuldbekenntnis ließe sich allerhand sagen. Der Kampf um die historische Wahrheit, die etwa in den Worten Lloyd Georges eingeschlossen liegt, daß alle Staaten mehr oder weniger fahrlässig in den Krieg hineingeschlidddert und gestolpert sind, ist wohl der Anstrengung wert. Aber damit er irgendwelche Aussicht auf Erfolg verspricht, wäre vor allen Dingen notwendig, daß die Leute endlich den Mund halten, die in Deutschland die Fahrlässigkeit auf die Spitze getrieben oder gar den Krieg herbeigewünscht haben. Solange aber gerade sie hinter der Unschuld der großen Volksmehrheit Deckung für ihre persönliche Verschuldung, sei es Fahrlässigkeit oder Vorsatz, suchen, wird damit die Sache Deutschlands von vornherein kompromittiert.

Wilhelm, der Ehemalige, ist die denkbar ungeeignetste Persönlichkeit, um den Kampf gegen das erpreßte Schuldgeständnis des Versailler Vertrages für Deutschland aufzunehmen. Der Mann, der Jahrzehnte lang — wenn auch mehr in ruhmredriger als kriegerischer Absicht — mit seinen bramarbasierenden Reden die Welt in Unruhe versetzt hat, der Mann, der die wahnsinnigsten Randbemerkungen auf den Kriegsakten verfaßt hat, wie „Immer feste das Gesindel auf die Füße treten!" usw., er ist der denkbar ungeeignetste Verteidiger der deutschen Sache. Bei ihm läuft schließlich alles auf die persönliche Rechtfertigung hinaus — und die ist hoffnungslos, wenigstens in dem Sinne, daß von dem Vorwurf des Größenwahns, der Verblendung, der Konfusionsheit und absoluten Phantasterei keine objektive Weltgeschichte Wilhelm jemals freisprechen wird. Mit dem simplen Satz „Der Kaiser hat den Krieg nicht gewollt" ist die Sache für das deutsche Volk nicht erledigt. Der Kapitän, der durch Fahrlässigkeit einen Dampferzusammenstoß herbeiführt, hat das Unglück auch nicht gewollt, und doch macht man ihn — und mit Recht — hierfür verantwortlich.

Eine persönliche Rechtfertigung versucht Wilhelm auch seiner Flucht nach Holland angedeihen zu lassen. Interessant ist dabei, daß er sich auf Hindenburgs Rat beruft. Bisher hat die Rechtspresse Wilhelms Flucht auf den Rat des Generals Groener zurückgeführt und diesen in der wüstesten Weise beschimpft. Ob sie diese Beschimpfungen jetzt auf Hindenburg übertragen wird?!

Vom Selbstbewußtsein zum Klassenbewußtsein.

Von Dr. Werner Peiser.

Es wäre eine irrige Auffassung vom Wesen der Arbeiterbewegung, wollte man annehmen, daß das Proletariat seit jeher die gleiche Klasse mit der gleichen Kampfeinstellung bildete wie heute. Das moderne Proletariat, unter dem wir alle Personen verstehen, die nicht im Eigentum von Produktionsmitteln sind und sich in einem abhängigen Lohnverhältnis zu einem Arbeitgeber befinden, ist eine Folgeerscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das in Deutschland mit Beginn des 17. Jahrhunderts seinen Siegeszug antritt und bis heutigen Tages in fortschreitender Aufwärtsentwicklung befindlich ist.

Es ist das große Verdienst von Karl Marx, nachgewiesen zu haben, daß alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen war, daß also der Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker nicht erst mit dem kapitalistischen Zeitalter einsetzt, sondern in gleichem Sinne, wenn auch in anderen Formen schon im Altertum und im Mittelalter geführt wurde. Gleichgültig ist hierbei, ob sich die Klassen der Patrizier und Plebejer, als Freie und Hörige, als Adlige und Bauern oder als Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüberstehen — wesentlich ist für alle diese Rechtsverhältnisse die Abhängigkeit der einen von den anderen. Lediglich der Urkommunismus kennt eine solche Klasseneinteilung der Menschen nicht; schon die ihn ablösende Tauschepoche jedoch bringt eine Scheidung der Menschen nach dem Besitz von Produktionsmitteln.

Die Klasseneinteilung erfolgt nach bestimmten Wirtschaftsgesetzen, unabhängig von dem Willen und dem Bewußtsein der einzelnen. Eine Klasse kann sich erst dann als Klasse fühlen, wenn sich sämtliche Angehörige dieser Klasse ihrer Stellung in der Gesellschaft, im Wirtschaftskomplex bewußt geworden sind. Eine lange Periode wirtschaftlicher Abhängigkeit gehörte dazu, bis der Proletarier zum Bewußtsein seiner selbst gelangte. Erst mußten sämtliche Voraussetzungen klassenbildender Art erfüllt sein, bevor der Proletarier seine Lage einzusehen begann und sich als Proletarier fühlte.

Die gleiche Entwicklung sehen wir bei den Angehörigen der anderen Klassen. Aus den beiden großen Gruppen des Adels und der Hörigen bildete sich, namentlich in Frankreich eine neue Schicht heraus: das Bürgertum. Er konsolidierte sich, ohne sich dieses Vorganges in seinen wirtschaftlichen und geschichtlichen Einzelheiten völlig bewußt zu sein. Erst die französische Revolution, die Erhebung des dritten Standes, die wir heute als typischen Kampf des zum Selbstbewußtsein gelangten Bürgertums gegen Kerikalismus und Feudalismus werten, erweckte in dem Bürgertum die Erkenntnis seiner Mission, die über 1848 hinaus anhielt, um erst durch die proletarische Bewegung, die Erhebung des vierten Standes, abgelöst zu werden. Die äußeren Zeichen dieses zum Selbstbewußtsein erwachten Proletariats sind die Kämpfe um die Pariser Kommune, die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 und die deutsche Novemberrevolution vom Jahre 1918.

Der Vorgang, der sich in dem Denken einer Klasse bis zu dem Augenblick abspielt, in dem sie zum Selbstbewußtsein gelangt ist, kann mit dem Denkprozeß im Gehirn eines Kindes verglichen werden. Das kaum geborene Kind ist sich seiner Handlungen nicht bewußt. Es sind Instinkthandlungen und Reflexhandlungen, d. h. Bewegungen, Aeußerungen, Willenskundgebungen, die triebhaft — aus angeborenem oder angelerntem Trieb erfolgen, wobei die wachsende Erfahrung eine Rolle spielt — oder Willensbekundungen, die in Abwehr einer fremden Handlung oder im Reagieren auf diese bestehen. Das planmäßige Handeln des Kindes setzt in einer viel späteren Epoche ein, d. h. in dem Augenblick, in welchem es sich über sein Tun Rechenschaft ablegt oder zum mindesten seine Handlungsweise durch Ueberlegung leiten läßt. Die Anfänge dieses Prozesses kann man vielleicht in das fünfte Lebensjahr setzen; jedoch können an dieser Stelle keine Einzelheiten zu einer Frage gegeben werden, deren Beantwortung Aufgabe des Arztes und des Psychiaters, nicht aber des Gesellschaftsforschers ist.

Bis zu diesem Punkte haben wir lediglich die Entwicklung des Menschn, und zwar besonders des Proletariers zum Selbstbewußtsein verfolgt. Eines weiteren Schrittes bedarf es, um in ihm das Klassenbewußtsein zu erwecken. Die Klasse ist etwas anderes als eine Summe von Einzelwesen. Sie ist ein höheres, ein drittes, gleichwie der Verein — nach juristischer Auffassung — nicht die Summe seiner Mitglieder ist, sondern etwas Neues, etwas Eigenes, eine neuartige Körperschaft. Der einzelne, der zum Bewußtsein seiner selbst gelangt ist, blickt um sich und sieht, daß es neben ihm zahlreiche Menschen gibt, die sich in der gleichen Lage befinden wie er. Allmählich erweitert er seinen Gsichtskreis und lernt Abhängigkeiten zunächst empfinden, um sich alsbald gegen sie aufzulehnen. Bismarcks Wort von den gottgewollten Abhängigkeiten ist ein kluger, pfäffischer Trick, in den breiten Massen des werktätigen Volkes den Glauben wach zu halten, daß alles so, wie es ist, gut sei, daß unsere Gesellschaftsordnung von Gott eingesetzt und daß es frevelhaft sei, sich gegen sie aufzulehnen. Derartige Manöver sind bald nicht mehr imstande, das Proletariat in seiner geduckten Lage zu erhalten. Mächtiger und mächtiger entwickelt sich aus dem Individualbewußtsein das Sozialbewußtsein. Auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise sieht der Arbeiter, daß er im Wirtschaftsprozeß nicht ein einzelner ist, sondern daß er mit seinen Arbeitsgefährten einem großen gesellschaftlichen Betriebe eingegliedert ist. Er erkennt den Charakter der Gesellschaftsarbeit — oder besser, den Gesellschaftscharakter der Arbeit, und aus dieser Erkenntnis heraus erwacht in ihm das Klassenbewußtsein. Zunächst beschränkt es sich auf die Klasse der Nation, der der einzelne angehört. Sobald der Blick des Proletariers aber sich über die Grenzen seines Landes weitet, sieht er, daß in den anderen Ländern Arbeitskollegen unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen leben wie er. Auch dort die scharfe Scheidung in Klassen, die Trennung in Besitzende und Nichtbesitzende, in Ausbeuter und Ausgebeutete. Mit dem Zeitpunkt, in dem der Arbeiter dieses Klassenverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft erkannt hat, wird in ihm ein neuer Gedanke lebendig: der Gedanke der Solidarität der Schaffenden aller Länder. Und nun gibt es kein Zurück mehr. Der Arbeiter, der erst zum Selbstbewußtsein und dann zum Klassenbewußtsein erweckt worden ist, ist ein Klassenkämpfer geworden, der sich in dem Gedanken an die internationale Solidarität für die Interessen seiner Klasse einsetzt, ja, sich für sie aufopfert.

Der proletarische Klassenkampf hat die Ueberwindung der Klassen zum Ziel. Der Sozialismus ist diejenige Gesellschaftsordnung, die größtmöglichste Freiheit für alle gewährleistet. Sie kennt keine Unterdrücker und keine Unterdrückten, keine Abhängigen und keine Knechte, keine Ausbeutung und keine Lohndrückerei. Noch sind wir weit von dem Ziel entfernt, aber wir wissen, gestützt auf die Lehren der Geschichte und der Wirtschaft, daß es eines Tages erreicht werden muß. Und bis zu diesem Tage hat das große Wort unseres Meisters Karl Marx unvergängliche Bedeutung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Volkswirtschaft.

Starker Rückgang der Butterpreise.

Hamburg, 21. Dezember.

Auf der letzten Versteigerung der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein machte sich trotz knapper Zufuhren und reger Kauflust ein weiteres starkes Fallen der Butterpreise bemerkbar. Die Preise bewegen sich von 33,60 bis 37,— Mark das Pfund gegen 41,60 Mark bis 42,50 Mark auf der letzten Versteigerung in der vorigen Woche. Die Butter-Notierungs-Kommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas hat den Ladenpreis für allerfeinste Meiereibutter auf 42 Mk. das Pfund festgesetzt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		21. Dez.	20. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6293.70	6343.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1336.15	1351.10
Kristiania	100 Kr.	2707.25	2737.25
Kopenhagen	100 Kr.	3556.40	3646.35
Stockholm	100 Kr.	4355.60	4355.60
Helsingfors	100 finn. Mk.	331.15	332.65
Rom	100 Lire	779.20	794.20
London	1 £	731.75	731.75
New York	1 Doll.	172.82	174.32
Paris	100 Frs.	1393.60	1411.05
Zürich	100 Frs.	3366.60	3391.60
Madrid	100 Pesetas	2557.40	2582.40
Wien	100 K.	6.58	6.93
Budapest	100 K.	26.27	26.72
Prag	100 K.	232.75	221.25

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
Angekommen am 22. Dezember.						
D.		Fehmarn	Schwenn	Burgstaaken		
D.		Poseidon	Lindroos	Helsingfors	5	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Sparsames Heizen und Kochen!

Das beste Weihnachtsgeschenk ist der Kohlensparer

„Küchenschatz"

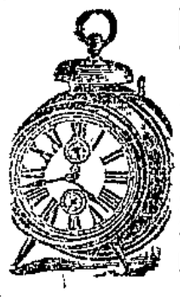
(D. R. P.) 10892

Georg Krach,
Glockengießerstr. 50. Tel. 8445.

SATYRIN (gold u. silber),
die neuen **Hormon**-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der
Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.
Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.— (10884
Akt.-Ges. **Hormona**, Düsseldorf-Grafenberg.

Fritz Ahrberg's
feinste
Hannoversche Wurst- u. Aufschnittwaren
sowie Bockwurst u. Würstchen in Dosen
als praktische Weihnachtsgabe
empfiehlt
Markt 3 **W. Sander** **Kohlmarkt 12**
Fernruf 8121.
Um allen Anforderungen genügen zu können, bitte ich meine sehr geschätzte Kundschaft bei Lieferungen ins Haus um rechtzeitige Bestellung. (10910

Zu den Festtagen:
prima junges fettes
Roßfleisch
(Fohlenfleisch)
ff. ger. Mettwurst und Gekochte
Fr. Kollmann
Reiferstr. 8. (10980



H. Schultz
Uhrmacher
Johannisstraße 20.
Garantie-Wecker.
Trauringe 333—585.
Ank. Bruchgold
(10885

Schleswig-Holsteiner
Kümmel Fl. 28 Mk.
Aquavit Fl. 31 Mk.
Aquavit Fl. 34 Mk.
Rum - Arrak - Verschnitt
Kognak in Originalfl.
Asbach uralt, Egon Braun
Macholl Edel, Goldstück
sowie Kognak-B. u. ff.
Liköre v. Egon Braun
neu eingetroffen
Rum und Glüh-Punsch
mit Zucker, Flasche 19 M.
Baumkonfekt
¼ Pfd. von 5.50 M an
empfiehlt (10923
Ernst Voss
Gr. Burgstraße 59.
Fernruf 410.

Für den Weihnachtstisch.

Während meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit größere Posten reinwoll. Damen-Flauschmäntel weit unter Preis zu erwerben. Ich stelle diese in drei Serien zum Verkauf. (10912

Serie 1.	Serie 2.	Serie 3.
Reinwollene **Flauschmäntel** weite Glock.-Form mit und ohne Gürtel zu tragen. **675.00**	**Elegante Mäntel** in reinw. Flausch mit Seidenstepperei u. Wollplüschbesatz **775.00**	**Hocheleg. Mäntel** in Affenhaut u. la. Eskimo, hell. Farb. m. eleg. Stickerei u. erstkl. Verarb. **975.00**

Preiswerte Schuhwaren.

Damen-Spangenschuhe m. flach. Abs., Chroml.	115.00	Kinder-Schulstiefel gute Verarbeitung, 27/30 110.00, 31/35	127.00
Schw. Damen-Schnürschuhe m. Roßchevr, m. Lackk.	185.00	Derber Burschen-Stiefel mit genagelter Sohle	174.00
Damen-Chevreaux-Schuhe m. hoh. Abs. u. Lackk.	220.00	Herren-Arb.-Stiefel solide Verarbeitung	208.00
Damen-Lack-Schnürschuhe elegante Form	295.00	Herren-Schnürstiefel Roßchevreaux m. Lack	250.00
Damen-Lack-Spangenschuhe br. Spng., neuest. Form	345.00	Herren-Schnürstiefel Rindbox, Derbyschnitt	285.00
Eleg. Damen-Laschenschuhe pa. Lack, hoh. Absatz	345.00	Herren-Schnürstiefel pa. Fahlleder, Derby	285.00
Damen-Schnürstiefel pa. Rindbox, ¾ Abs.	295.00	Herren-Schnallenstiefel Rindbox, gute Qual.	295.00
Damen-Schnürstiefel m. Roßchevr. m. Lack	295.00	Rindbox-Herrenstiefel Derbyschn., sol. Ausf.	325.00
Damen-Schnürstiefel Mastbox, Derbyschn., ¾ Abs.	375.00	Herren-Tourenstiefel prima ausgearbeitet	325.00
Pa. Boxkalf-Stiefel m. hoh. Schaft, Derbysch.	425.00	Herren-Schnürstiefel pa. Rindb., mod. Form	375.00
Eleg. Damen-Chevr.-Stiefel neueste Form, mit Lackkappe	425.00	Elegante Herr.-Schnürstiefel m. Lackk., Derbyschn.	375.00

Hans Struve, Lübeck. Königstraße 87—89. Ecke Wahmstraße.
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie **Dr. Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. — Zu haben in d. Apotheken und Drogerien.
Drogerie **Aug. Prösch,** Mühlenstr. 1.
Theater-Drogerie, Breite Straße 15.
Marli-Drogerie, Marlistraße 42.
St. Lorenz-Drogerie, Lindenstraße.
Diana-Drogerie, Glandorpsstraße 1.
Kreuz-Drogerie Thielbahr, Schlutup.
10882)

Möbel (10880
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Anzüge, Paletots Joppen

Anzüge blau 1200 975 850	650.-	Paletots dkl. m. Samtkragen 1200 950 875 750	675.-
Anzüge diverse Farben 1050 800 675	475.-	Ulster oder Schlüpfer 1100 975 700 550	400.-

Konfirmanden-Anzüge billigst
in blau von 575.— an, farbig von 4.— an.

Gebr. Vandsburger
Holstenstraße 10. (10911

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (10887
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

---

wird im Nu jeder Stiefel durch **Lavalin** Die Qualität überzeugt jeden.
Ueberall zu haben
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen
Vertreter: Emil Scheel, Lübeck,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (10890

Chorverein Lübeck
Mitgliedschaft d. Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
Weihnachtsfeier
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße, am Montag, dem 26. Dezember, (2. Weihnachtstag). Anfang 6 Uhr.
Eintritt f. Mitglieder 1.50 Mk. u. 45 Pfg. Steuer.
Fremdeneinführung:
Herren 4.— Mk. und 1.20 Mk. Steuer.
Damen 3.— Mk. und 90 Pfg. Steuer.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**
Unser **Maskenball** findet am **26. Februar 1922** in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses statt. 10898

Empfehle (10896
zum Weihnachtsfest
Zigarren, Zigaretten, Bonbon, Schokolade, Christbaumschmuck.
H. Prüß,
Rensefeld, Heinrichstr. 15.

Hansatheater.
Heute, (10899
Donnerstag, 7½ Uhr
Volkstüml. Vorstellung zu halben Preisen:
Die Tanzgräfin.
Freitag 7½ Uhr
6. Vorst. im Abonn.
Das Milliardensouper.
Sonnabend geschlossen.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Frau Holle.
Abends 7½ Uhr:
Das Milliardensouper.
Montag nachm. 3 Uhr:
Frau Holle.
Abends 7½ Uhr:
Ein Walzertraum.

Vertreter: Rudolf Prehn, Lübeck, Mengstraße 46. (10801

Wir sind billig!

Starke Arbeitsstiefel	188.00
Schw. Herrenstiefel	200.00
Starke Schaftstiefel	298.00

Kinderstiefel, Pantoffeln.

Mod. Damenkostüme 650.— 450.—	240.00		
Blusen	39.75	Röcke	35.00
Gestr. Sportjacken, die große Mode 360.—	195.00		

Starke Arbeitshosen	108.00
Warme Lodenjoppen	185.00
Feldgraue Hosen	178.00
Gummimäntel	445.00

Herren-, Burschen-, Knabenanzüge Unterzeuge, Hüte, Wäsche usw.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4
Das bekannt reelle und billige Einkaufshaus. 10931

Dorsch-Kaviar
(nach russischer Art) in vorzügl. Qualität.
pr. Pfd. 35.- Mk.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.
Paul Lohrmann
Feinkost-Fabrik. (10937
Fernspr. 382 u. 850. Hundestr. 95

Bei 11879
Schuh-Buchholtz
Schwartauer Allee 4, Große Burgstraße 36
finden Sie gute und noch preiswerte
Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel,
Damen-Halbschuhe, Hausschuhe, Pantoffel, starke Arbeitsstiefel v. 150 M an, Schaftstiefel, Leder-Gamaschen.
Beachten Sie meine Fensterpreise! (10939)

Passendes Weihnachtsgeschenk!
Englisch-Stoff, Ia. Neu!!
3½ Meter, für Kostüm oder Mantel. Billig!
Dankwartsgrube 3.

Stadttheater Lübeck
Donnerst., 22. Dez. 3 Uhr
Die schönste Prinzessin. 10903
7.30 Uhr: **Bunbury.**
18. Ab.-Vorst., Bchst B.
Freitag, 23. Dez., 3 Uhr
Max und Moritz.
Ermäßigte Preise.
7.30: **Die Fledermaus.**
18. Ab.-Vorst., Bchst. B.
Sonnabend, 24. Dez.:
Geschlossen.
Sonntag, 25. Dez. 3 Uhr
(1. Weihnachtstag)
Max und Moritz.
Ermäßigte Preise.
7.30 Uhr: **Tannhäuser.**
Montag, 26. Dez. 3 Uhr.
(2. Weihnachtstag)
Max und Moritz.
Ermäßigte Preise.
7.30 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Beilage zu Nr. 299
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 22. Dezember 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 22. Dezember.

Aus der Bürgerschaft.

Der deutschnationale Wahlprotest. — Die Ortsklasseneinteilung. — Schulfragen. — Die städtischen Güter und die notleidenden Landwirte. — Der Gegenpol: die armen Hausagrarier. — Erwerbslosennot.

So unglaublich langsam und langstielig sich am Mittwoch die Verhandlungen hinzogen, an interessanten Momenten fehlte es ihnen trotz alledem nicht. Freilich bedarf es etwas der Geduld und auch der Nachsicht, denn eine neu gewählte Körperschaft muß sich erst einarbeiten. Der Wille zu flotter Mitarbeit besteht zweifellos. Wenn der Wortführer nach den ersten zwei Verhandlungsstunden feststellen kann, daß sich zu den ersten beiden Anträgen bereits 40 Redner geäußert haben, dann läßt dies gewiß einen achtungswerten Schluß auf das nächste anderthalb Dutzend Senatsanträge zu. Der federgewandteste Journalist streckt da den Degen und ergibt sich in sein unvermeidliches Geschick. Uebrigens stand ein großer Tag in Aussicht. Die Tribünen waren dicht besetzt und lichteten sich auch um die 11. Nachtstunde noch nicht. Wäre es nach den Kommunisten gegangen, die sich gern an harmlose Aeußerlichkeiten klammern, dann allerdings hätten die Gäste so lange warten müssen, bis irgend ein ehrsamer Schneidermeister dem rotröckigen Senatsdiener eine neue Kluft gezimmert oder der alte Frack von edlem Tuch aus einer dunklen Färberbrühe herausgezogen worden wäre. Die Notscheu der Kameraden von links verhalf dem Innungskrauter Rosenquist aus dem Brei von rechts zu einem billigen Witz. Die Gegensätze vereinigten sich jedoch wieder, als die „sozialdemokratischen Oberbonzen" eins aufs Dach kriegen sollten. Da spielte derselbe Arbeitsgemeinschaftler Rosenquist, bei dem die Disziplin nur bis in das Brieftaschenfach „Sonderinteresse" Geltung hat, die gleiche Klarinette wie die Moskauer. Bei diesen rein äußerlich, wie vorhin bemerkt, weil der Ton die Musik macht. Im Notenblatt steht allerdings ein anderer Text, und den erläuterte Genosse Haut den Kommunisten so deutlich, daß alles schweigsam wurde. Dor har een Uhl seten.

Die führerlose Deutschnationale Volkspartei entpuppt sich immer mehr als hilfloses Geschöpf. Seit Wochen trompeten die „Lübeckischen Anzeigen" ein Lied aus tiefer Gruft, beschwören alle einfältigen Wähler und behaupten steif und fest, daß die ganze Bürgerschaftswahl eine sozialdemokratische Gewaltkur gewesen sei. Da konnte man doch gespannt auf die Argumente sein. Und was war es? Nichts! Es ist wirklich nicht der Rede wert, auf das Verlegenheitsgestammel dieser deutschnationalen Beschwerdeschrift näher einzugehen. Wir wissen ja, was von den Beteuerungen konservativer Heuchelbrüder zu halten ist. Wenn diese Streiter um freies Wahlrecht und Wahlgeheimnis fechten, dann steckt noch mehr hinter dem Busch. Der entschlossene Wortführer Gustav Ehlers jagte den lendenlahmen Gaul zurück ins Gehege und erklärte die Wahl für gültig. Wir wollen ihn ruhig grasen lassen, denn erschreckt ist er schon genug. Und wenn ihm der ehemalige Demokrat Pape das magere Futter ergänzen will und selbst, wenn wir eine Stimme aus dem Demokratenwinkel richtig gedeutet haben, wenn dem alldeutsch gesattelten Pferde auch von dieser Seite noch ein Zuckerbrocken schüchtern hingeworfen wurde, das alles macht es nicht sprungfähiger. Das Sattelzeug ist verkauft und die Deutschnationalen müssen sich nach besseren Weide umsehen — ringsherum liegt für sie dürre Heide.

Die Versetzung Lübecks in die Ortsklasse A schaffte insofern böses Blut, als wichtige eingemeindete Bezirke von dieser Vergünstigung ausgeschlossen wurden. Nicht wenige, und zwar berechtigte Forderungen der Leerausgehenden wurden geltend gemacht. Ob die Wünsche alle erfüllt werden können, das liegt nicht im Willen Lübecks oder seiner Vertreter, sondern in dem des Reiches.

Ein beachtenswerter Fortschritt soll im Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen geschaffen werden: die Errichtung von Schülerräten. Genosse Passörge stellte einen dahinzielenden Antrag und erhielt vom Senatstisch die erfreuliche Antwort, daß man sich über diese Frage bereits geeinigt habe. Unser Redner wandte sich aber auch entschieden gegen die einseitige chauvinistische Propaganda in den Schulen und forderte weiter, daß den Rektoren endlich klar gemacht wird, welche Urkunden sie bei Neuanmeldungen von den Eltern zu heischen haben.

Dann kam noch ein Kapitel aus dem agrarischen Kalender. Dort sind seit Jahr und Tag nur Haussenotierungen verzeichnet. Nimm, was du kriegen kannst und verweigere dem Staat, so viel wie es die Geschäftstüchtigkeit zuläßt. Das ist die bekannte Aufbauarbeit der Staatserhalter. Genosse Ad. Löwigt gab da ein schönes Spiegelbild agrarischer Vaterlandsliebe und auch Genosse Dr. Haun zeigte, daß der Shylockschein endlich zerrissen werden muß. Ein Achselzucken der Rechten und eine unhaltbare Beschuldigung gegenüber den Landarbeitern. Und noch ein Blitzlicht: die Nehlsen und Hefti wollen sich in unsere Reihe stellen, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Frage nicht warum: sie glauben, mit der sehr richtigen Durchbrechung dieser „Rechts"verträge ihren Anspruch auf Goldwährung bewilligt zu erhalten. So sieht die Freundschaft aus! Nicht schlecht, für die Unentwegten, desto miserabler für die Mieter. Aber so wetten wir nicht. Dem „Bescheidensten" muß doch diese Anbiederung auffallen.

Die Kommunisten saßen gestern insofern in der Wolle, als sie bei den verschiedensten Anträgen auf Teufel komm heraus „Verbesserungsanträge" stellen konnten. Das steht in ihrem Kommunalprogramm, das sie ohne Rücksicht auf die Staatsfinanzen in die Lage setzt, weitestgehende Forderungen einzureichen. Der Senatsantrag auf Erhöhung der Erwerbslosensätze bot den Kommunisten diese günstige Gelegenheit, sich als Gebefreudige aufzuspielen. Was das Reich, von dem Lübeck steuertechnisch abhängt, dazu sagt, ist ihnen gleich. Den Erwerbslosen wäre es allerdings nicht einerlei, wenn es eines schönen Tages heißen würde, die Unterstützung wird wegen Ueberschreitung unserer Vorschriften gesperrt. Doch das sind Bedenken, über die sich die Freunde von links hinwegsetzen. Auch nach 11 Uhr redete man im Rathaus noch weiter. Kurz vorher wurde noch das Gesetz über Erhebung eines Ufergeldes von den in Travemünde eingebrachten Heringsfängen des Jahres 1922 abgelehnt und dafür die bestehende Abgabe von 750 Mk. pro Ringwade auf ein Jahr verlängert.

Die Angestelltenversicherungswahlen.

Am 8. Januar 1922 findet in Lübeck die Wahl der Vertrauensmänner statt. Wahlberechtigt sind die über 21 Jahre alten männlichen oder weiblichen Angestellten. Als Ausweis bei den Wahlen gilt die Versicherungskarte, in der wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Wahl ausgewiesen sein muß.

Alle freigewerkschaftlich organisierte Angestellte treten nur für die Liste der „Afa" ein.

Jeder Wahlberechtigte muß dafür sorgen, daß er am Wahltage im Besitze der Versicherungskarte ist.

Wählt Afa-Bund!

Die neuen Postgebühren ab 1. Januar

(Ausschneiden und aufbewahren)

betragen: Für die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pfennig, im Fernverkehr 1,25 Mark; für den Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 1,25 Mk., über 20 bis 250 Gramm 2 Mk., im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 2 Mk., über 20 bis 100 Gramm 3 Mk., über 100 bis 250 Gramm 4 Mk.; für die Drucksachenkarte 40 Pfg., die Drucksache bis zu 50 Gramm 50 Pfg., 50 bis 100 Gramm 1 Mk., 100 bis 250 Gramm 2 Mk., 250 bis 500 Gramm 3 Mk., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 Mk.; Ansichtskarten mit fünf Grußworten 40 Pfg.; Geschäftspapiere bis 250 Gramm 2 Mk.; Warenproben bis 250 Gramm ebenfalls 2 Mark; das Päckchen bis 1 Kilogramm 4 Mk.; Paketgebühr bis 5 Kilogramm in der Nahzone (bis 75 Kilometer) 6 Mark, in der Fernzone (über 75 Kilometer) 9 Mk.; Zeitungspakete bis 5 Kilogramm in der Nahzone 3 Mk. Die Zeitungsgebühren betragen für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis zu 20 Gramm 2 Pfg.; die Telegrammgebühren 1 Mk. für jedes Wort; die Postscheckgebühren für Beträge bis zu 100 Mk. 75 Pfg. Bei Wertsendungen werden die Gebühr für Einschreibsendungen und eine Versicherungsgebühr von 1,50 Mk. pro 1000 Mk. bei Briefen, 2 Mk. bei Paketen erhoben. Postanweisungen kosten 2 Mk. bis 7 Mk. (bis 100 Mk. 2 Mk., bis 250 Mk. 3 Mk., bis 500 Mk. 4 Mk., bis 1000 Mk. 5 Mk., bis 1500 Mk. 6 Mk., bis 2000 Mk. 7 Mk.)

Die Fernsprechgebühren sollen um 80 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung soll in Form eines Teuerungszuschlages erforderlichenfalls unter Aufrundung auf durch fünf teilbare volle Pfennigbeträge erhoben werden.

Die Portosätze nach dem Ausland, über die noch keine offizielle Mitteilung vorliegt, werden sich wie folgt stellen: Briefe bis 20 Gramm 4 Mk., für weitere 20 Gramm 2 Mk. mehr. Postkarten 2,40 Mk. Drucksachen und Geschäftspapiere je 50 Gramm 80 Pfg. Warenproben je 50 Gramm 80 Pfg., mindestens 2 Mk.

Die Arbeiten des Miete-Einigungsamtes.

Der Jahresbericht des Wohlfahrtsamtes enthält folgenden Auszug: Vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 wurden beim Einigungsamt gestellt: 1899 (im Vorjahr 1513) Anträge auf Zustimmung zur Kündigung von Mietverhältnissen über Wohnräume, 71 (75) Anträge, die die Entscheidung des Einigungsamtes über die Wirksamkeit ausgesprochener Kündigungen von Geschäftsräumen zum Gegenstande hatten, 917 (1434) Anträge auf Ausübung einer vermittelnden Tätigkeit zur Beilegung von Streitfragen, 1686 (1212) Anträge auf Festsetzung angemessener Mietzinse, 1538 (539) Anträge auf Beschlagnahme nicht genügend ausgenutzter Wohnräume bezw. auf Festsetzung von Zwangsmieteverträgen über leerstehende, zu Wohnzwecken geeignete Räume (Senatsverordnung vom 24. März 1919 und 11. Oktober), 9 (7) Anträge auf Festsetzung angemessener Nutzungskostenzuschläge für Geschäftshäuser auf Grund der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen vom 22. Juni 1919, 16 Anträge auf Schlichtung von Streitfragen auf Grund der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919.

Die Zahlen stellen ein getreues Spiegelbild der Wohnungszustände dar, wie sie sich im vergangenen Jahre in Lübeck gestaltet haben. Während die Inanspruchnahme des Einigungsamtes zur gütlichen Schlichtung von Mietstreitigkeiten, die ursprünglichste und vornehmste Aufgabe des Amtes, immer mehr zurückging, häuften sich die Anträge auf Zustimmung zur Kündigung, zur Festsetzung des Mietzinses und auf Beschlagnahme nicht genügend ausgenutzter Wohnräume. Während 1919 noch vielfach Vermieter und Mieter ein Mietverhältnis gütlich lösen konnten, weil sich den Mietern irgend eine andere Wohnung bot, führte die Verschärfung des Wohnungsmangels im Jahre 1920 dahin, daß eine solche freiwillige Regelung immer seltener wurde und der Vermieter immer häufiger zu dem letzten Mittel der Anrufung des Einigungsamtes zwecks Zustimmung zur Kündigung griff. Freilich mußten die weitaus meisten dieser Anträge abgelehnt werden, um den Mieter nicht der Gefahr der Obdachlosigkeit auszusetzen.

Noch deutlicher spiegelt sich die Zunahme der Wohnungsnot in der Verdreifachung der Anträge auf Beschlagnahme ungenügend ausgenutzter Wohnräume wider, ein Eingriff in die Privatwohnung der über reichlicheren Wohnraum Verfügenden, der anfangs von den Behörden nur zögernd angewandt wurde, von dem aber bei dem immer mehr um sich greifenden Elend der Wohnungsuchenden mit der Zeit immer mehr Gebrauch gemacht werden mußte. Es sind denn auf diese Art im Berichtsjahre auch einige hundert Wohnungen neu geschaffen worden, die

---

Das Gemeindekind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

34. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Hund!" ertönte es vom anderen Ende des Tisches. Peter hatte geredet, und in seiner Umgebung erhob sich ein beifälliges Gemurmel. Pavel jedoch drückte stärker, als er wußte und wollte, die Schulter des alten Rates.

„Ob ich zahlen muß, frag ich Euch, frag ich die Bauern, frag ich den dort," rief er zu Peter hinüber.

„Ja! ja! ja!" wetterten ihm alle unter einer Flut von Flüchen entgegen. Peschek wand und krümmte sich: ihm war der Schlaf vergangen, so wach hatte er sich lange nicht gefühlt und kaum so hellsehend.

„Laß mich los," drohte er zu Pavel hinauf und dachte bei sich: An dem Menschen wird ein Unrecht begangen. — „Ich kann dir nicht helfen," fuhr er fort, „auch wenn ich möchte. Du mußt zahlen."

Pavel wechselte die Farbe und zog seine Hand zurück. „Gut", knirschte er, „gut also".

Langsam, mit einer feierlichen Gebärde, griff er in die Brusttasche, entnahm einem Umschlage, den er bedächtig öffnete, eine Zehngulden-Note, reichte sie samt der Rechnung dem Wirt und sprach: „Saldier und gib heraus."

Eine Pause des Erstaunens entstand: das hatte niemand erwartet. Schadenfreude und Enttäuschung teilten sich in die Herrschaft über die Gemüter, nur der Wirt war eitel Entzücken. Bereitwilligst legte er, nachdem er die Banknote eingesteckt, einen Gulden vor Pavel hin. Dieser nahm ihn in Empfang, kreuzte die Arme und warf einen kühnen, herausfordernden, einen echten Feldherrnblick über die ganze Gesellschaft. „So," sagte er: seine Stimme war nicht mehr umschleiert, sie klang laut und mächtig, und mit einem wahren Genuß ließ er sie zu den Worten erschallen:

„Und jetzt sag ich dem Gemeinderat und den Bauern, daß sie alle zusammen eine Lumpenbagage sind."

Ein einziger Aufschrei beantwortete diesen unerhörten Schimpf, den der Geringste im Dorfe den Reichen und Machthabern zugeschleudert. Die Nächststehenden stürzten sich auf ihn und hätten ihn niedergerissen ohne Arnost und Anton, die ihm zu Hilfe kamen. Als in dem furchtbaren Lärm die Worte „undankbare Kanaille", die Peter ausgestoßen, an Pavels Ohr schlugen, bäumte er sich auf, und mit der Bewegung eines Schwimmers, der mit beiden Armen die auf ihn eindringenden Wellen teilt, hielt er sich die Menge, die ihn bedrohte, vom Leibe.

„Undankbar!" donnerte er, und durch die Empörung hindurch, von der er glühte und bebte, klang erschütternd eine Klage lang erlittenen Schmerzes. „Undankbar? Und was verdank ich euch? Für den Bettel, den ihr zu meinem Unterhalte hergegeben, hab ich mit meiner Arbeit tausendfach bezahlt. Den Unterricht in der Schul hat mir der Lehrer umsonst erteilt. Keine Hose, kein Hemd, keinen Schuh hab ich von euch bekommen. Den Grund, auf dem mein Haus steht, habt ihr mir doppelt so teuer verkauft, als er wert ist. Wie der Bürgermeister gestorben ist, habt ihr mir die Schuld gegeben an seinem Tod, eure Kinder hätten mich beinah gesteinigt, und wie ich freigesprochen war, da hat es geheißen: Bist doch ein Giftmischer! Jetzt rette ich dem Peter sein Leben, und weil ich dabei dem Wirt seinen Zaun umgerissen hab, muß ich den Zaun bezahlen ... Bagage!" Er warf ihnen zum zweiten Male das Wort ins Gesicht wie eine ungeheure Ohrfeige, die allen galt und für alle ausreichte, und war's die elementare Macht des Zornes, der ihm aus den Augen loderte, war es die halb unbewußte Empfindung der Berechtigung dieses Zornes — trotz des Aufruhrs, den jenes Wort hervorrief, konnte Pavel fortfahren: „Warum wart ihr so mit mir? Weil ich als Kind ein Dieb gewesen bin? — Wie viele von euch sind denn ehrlich? ... Weil mein Vater am Galgen gestorben ist? — Kann ich dafür? ... Bagage!" und jetzt übermannte ihn die Wut: betäubend, racheheischend stieg die Erinnerung an alles, was er erduldet hatte, und was ungesühnt geblieben war, in ihm auf. Er fand keine Worte mehr für eine Anklage. Er fand nur noch Worte für eine Drohung und die stieß er heraus: „Wenn ich aber heute etwas tue, was auch mich an den Galgen bringt, dann ist es eure Schuld!"

Nicht, was er gesagt, und was die wenigsten verstanden hatten, aber seine geballten Fäuste, die herausfordernde Fechterstellung, die er angenommen hatte, reizten die Geschmähten, und plötzlich hagelten Schläge auf Pavel nieder, ohne viel mehr Wirkung hervorzubringen, als ob sie auf einen Felsen gefallen wären. Er machte aber jeden, der auch nur einen Schlag von ihm empfing, kampfunfähig für diesen Tag und vermutlich auch für ein paar der nächsten Tage.

„Gib jetzt Ruh!" rief der Förster, dessen große Gestalt in der Tür des Honoratiorenzimmers erschien, „du hast es ihnen gesagt, jetzt gib Ruh."

„Gib Ruh!" tönte ein heiseres Echo zurück. Peter war auf den Tisch gestiegen und schleuderte einen Bierkrug nach dem Kopfe Pavels, fehlte ihn und traf Arnost so hart an die Stirn, daß der Bursche taumelte; doch raffte er sich sofort zusammen, sprang auf den tückischen Angreifer los und riß ihn vom Tisch herunter.

Nun war der Kampf entbrannt.

Zwei Parteien bildeten sich, die kleine Pavels, die große Peters; der Wirt und Peschek flüchteten zum Doktor ins Nebenzimmer. Der Förster, der als Friedensstifter aufzutreten gesucht hatte, sah die Nutzlosigkeit seiner Bestrebungen ein, brach sich Bahn durch den Tumult und verließ das ... Draußen war schon eine zahlreiche Menge, meist aus Weibern und Kindern bestehend, zusammengelaufen. Die Buben, berauscht von der Nähe einer großen Prügelei, schrien, sprangen an den Fenstern empor, rauften sich um die besten Plätze. Die Schwächeren, von den Fenstern der Wirtsstube verdrängt, machten sich an das des Honoratiorenzimmers heran, stoben aber auf einmal kreischend auseinander. Ueber ihnen waren ein paar Beine zum Vorschein gekommen und hatten die Köpfe der Jungen als Stützpunkt benutzen wollen, um Boden zu gewinnen. Der Förster eilte hinzu und half dem Inhaber dieser Beine, den Doktor, aus seiner schwebenden Stellung.

„Nicht mehr möglich, sich in andrer Weise zu entfernen," sagte der alte Herr kopfschüttelnd, „und entfernen muß ich mich ... Der Holub geht fürchterlich los ... Ein Bär der Mensch — das glaubt nur, wer es gesehen hat. — Ich empfehle mich."

Auf demselben Wege, wie der Doktor, kam auch der Peschek auf die Straße und hinter ihm der Wirt, der laut klirrte, als er auf den Boden sprang. Dieses Geräusch wurde durch die Messer und Gabeln hervorgerufen, die er eiligst von den Tischen genommen und in seinen weitläufigen Kleidern geborgen hatte, bevor er die Gaststube dem tollen Heer überließ, das jetzt darin hauste. Er klagte, daß er nicht auch die Krüge und Gläser habe mitnehmen können, jammerte, trieb die Gassenjugend hinweg, preßte das Gesicht an die Fensterscheiben und suchte zu erkennen, was in der Stube geschah. Aber das furchtbare Ringen ging im Halbdunkel der schon hereingebrochenen Dämmerung vor, im Qualm aufgewirbelten Staubes. Man sah nur einen wild ineinander gekeilten, hin und her bewegten Menschenknäuel, hörte Stöhnen und Fluchen und das Stampfen schwerer Tritte und das Krachen zertrümmerten Holzwerks.

„O meine Bänke! o meine Tische!" seufzte der Wirt, und wie er sich an Peschek mit der Frage wenden wollte, ob man nicht nach dem Gendarm schicken solle, war der vorsichtige Rat in Gesellschaft des Doktors verschwunden.

„Herr Förster, machen Sie Ordnung!" rief der Wirt, „ich steh für nichts — der Schmied, der Arnost, der Holub — drei gegen alle, sie werden alle drei erschlagen ... mit meinen Bänken, meinen Tischen!" setzte er, in Verzweiflung ausbrechend, hinzu.

„Wird nicht so arg werden," erwiderte der Förster, und plötzlich kamen durch die offene Tür herausgeflogen zwei Bauernsöhne aus Peters Sippe. Sie hatten sich noch nicht aufgerafft, als ein paar gute Freunde ihnen nachkollerten, und, nicht minder unwillkürlich als die Vorhergehenden, drei und vier und fünf andre erschienen, im Purzelbaum, im kurzen Bogen, der mit den Füßen zuerst und jener mit dem Kopfe. Und der Förster begrüßte die Ankömmlinge und verstand es meisterlich — unterstützt von den Ueberredungskünsten ihrer Frauen — die wenigen, die sich anschickten, auf den Kampfplatz zurückzukehren, von der Ausführung ihres Vorsatzes abzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

immerhin eine geringe Linderung der herrschenden Not gebracht haben. Hatte das Einigungsamt einmal entschieden, daß bestimmte Räume überzählig seien und zum Einbau einer Wohnung hergegeben werden müßten, so regelte sich meistens die Aufnahme eines Mieters gütlich, da das Wohnungsamt bei dessen Auswahl regelmäßig dem Verfügungsberechtigten weitgehend entgegenkam. Nur in den allerseltensten Fällen wurde es notwendig, zwangsweise einen Mietevertrag festzusetzen.

Einen besonderen Charakter bekam das Berichtsjahr durch die Regelung der Erhöhung der Mieten. Anfang 1920 hatte die schon vorher begonnene Erhöhung aller Preise, insbesondere auch für Handwerkerarbeiten aller Art, einen solchen Grad erreicht, daß es den Hauseigentümern unmöglich war, mit den seit der Friedenszeit bis dahin nur wenig gestiegenen Mieten die Häuser weiter instandzuhalten. Auch die öffentlichen Abgaben hatten sich nicht unerheblich erhöht, sodaß das Einigungsamt vor die Notwendigkeit gestellt wurde, neue und grundlegende Richtlinien auszuarbeiten, nach denen fortan die Mieten zu berechnen wären. Die Veröffentlichung dieser Richtlinien sollte den Parteien Gelegenheit geben, sich auf der vom Amt geschaffenen Grundlage möglichst gütlich zu einigen. Dieser Zweck ist allerdings nur unvollkommen erreicht worden, denn die vom Einigungsamt aufgestellte Erhöhung von 75 Proz. der Friedensmiete traf in so vielen Fällen auf den Widerstand der Mieter, daß die Tätigkeit des Amtes in außerordentlich starkem Maße in Anspruch genommen wurde. Dank der opferwilligen Mitarbeit der Beisitzer des Einigungsamtes gelang es dann im Laufe des Herbstes und Winters, die Flut der Mietesteigerungsanträge zu erledigen, und am Ende des Berichtsjahres hatte sich die Bevölkerung offensichtlich an den neuen Zustand gewöhnt, und durch Inangriffnahme von Instandsetzungsarbeiten konnte allerorts dem drohenden Verfall der Häuser vorgebeugt werden. Anträge der Grundeigentümer auf eine weitere Mieterhöhung wurden mit Rücksicht auf das in Aussicht stehende Reichsmietengesetz vorläufig zurückgestellt.

Endlich brachte das Berichtsjahr auch eine Inanspruchnahme des Einigungsamtes zwecks Festsetzung von Heizungskostenzuschlägen und zwecks Verlängerung von Pachtverträgen über Kleingärten, Anträge, denen durchweg entsprochen wurde.

Die erhöhte Geschäftslast des Einigungsamtes machte eine Vermehrung des Personals erforderlich. So wurden zwei weitere Ermittelungsbeamte und ein Bureaugehilfe neu eingestellt, auch die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von 4 auf 5 erhöht. Am Ende des Berichtsjahres stand die Vermehrung der Zahl der Beisitzer bevor, die auf Wunsch der Bürgerschaft nunmehr zu ⅔ von der Bürgerschaft, zu ⅓ vom Senat zu wählen waren.

*

Postschluß am Weihnachtsabend. Auf Anordnung des Reichspostministeriums sind am 24. Dezember die Postschalter möglichst um 4 Uhr zu schließen; jedoch findet Telegramm- und Gesprächsannahme sowie der Verkauf von Wertzeichen in kleinen Mengen wie an Werktagen statt. Wo die Einlieferung von Sendungen außerhalb der Schalterstunden zugelassen ist, kommt die Anwendung der Postordnungsbestimmungen von 4 Uhr an in Betracht. Die Zahlstelle des Postscheckamtes schließt um 1 Uhr nachmittags. Der Bestelldienst jeder Art wird möglichst um 4 Uhr, die Briefkastenleerungen im Ort werden bis spätestens 7 Uhr nachmittags beendet.

Paketverkehr zwischen Deutschland und Rußland. Die sowjetrussische Gesandtschaft gibt bekannt, daß zwischen Deutschland und Rußland der Paketverkehr aufgenommen worden ist. Befördert werden: Lebensmittel, Papier, Photographien, Stoffe und Kleidungsstücke, Medikamente und kosmetische Artikel. Die Pakete werden von der Deutsch-russischen Transport-Gesellschaft in Hamburg, Mönckebergkai, Schuppen 77 C, aus weitergeleitet und müssen bei einem Gewicht bis 5 Kg. mit 150 Mk., bis 10 Kg. mit 225 Mk. und bis 15 Kg. mit 300 Mk. frankiert werden. Für die Beförderung nach dem asiatischen Rußland wird der doppelte Betrag erhoben. Die Verantwortung für die Sendungen übernimmt die Handelsabteilung bei der russischen Gesandtschaft in Deutschland.

Die letzten Heimkehrer aus dem Osten. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Harald" ist am 15. Dezember mit 648 Heimkehrenden in Triest eingetroffen, darunter befanden sich 341 Reichsdeutsche, wovon 106 in Batum zusammengezogen und abtransportiert wurden. Im Schwarzen Meer befinden sich noch der Dampfer „Brillant", der den Auftrag hat, die Häfen Jalta, Simferopol und Feodossija anzulaufen, um auch dort noch die zusammengezogenen Heimkehrenden abzuholen. Mit diesen sind dann sämtliche für den Abtransport Bereitgestellten heimgeschafft. Sofern noch vereinzelt Nachzügler bei den Fürsorgestellen Noworossisk und Odessa sich melden sollten, werden diese auf dem Landwege Charkow—Kiew—Moskau—Riga abtransportiert. Ueber Riga geht der Abtransport weiter vonstatten. Erst dieser Tage traf wieder ein Transport von 503 Insassen aus der Ukraine ein, darunter 106 Reichsdeutsche.

Die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben, daß mehrere Fachzeitschriften die Mitteilung bringen, daß sich nach einem Urteil des Reichsgerichts Arbeitgeber, die ihre Arbeiter mit deren Zustimmung länger als 8 Stunden beschäftigen, nicht strafbar machen. Diesen Veröffentlichungen liegt das auch schon früher bisweilen unrichtig wiedergegebene Urteil des Reichsgerichts vom 6. Juli 1920 zugrunde, das jedoch lediglich zum Ausdruck bringt, daß sich bei Ueberschreitung der zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern nur der Arbeitgeber strafbar macht. (Vergl. auch Reichsarbeitsblatt Jahrgang 1, Nummer 8 vom 30. Januar 1921 S. 303) Da die scheinbar unrichtigen Auffassungen über dies Urteil geeignet sind, zu irrigen Folgerungen und zu einer unerwünschten Rechtsunsicherheit Veranlassung zu geben, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich bei Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit der Arbeitgeber sehr wohl strafbar macht, sofern er nicht ausnahmsweise gemäß der betr. Verordnung oder auf Grund der Genehmigung des Demobilmachungskommissars dazu berechtigt ist.

Stapellauf. Am vergangenen Montag lief auf der Schiffs- und Dockbau-Werft Flender A.-G., Zweigniederlassung der Brückenbau Flender A.-G. in Benrath a. Rh., ein 3375 To. großer, für die transatlantische Fahrt bestimmter Frachtdampfer von Stapel. Das Schiff, für die Deutsche Levante-Linie, Hamburg, gebaut, hat eine Länge von 87.5 Meter, eine Breite von 12.65 Meter und wird auf das allermodernste eingerichtet. Die 1100 PS-Maschinenanlage gibt dem beladenen Schiff eine Geschwindigkeit von 9.5 Seemeilen in der Stunde. Es erhält den Namen „Nicea", sein Heimathafen ist Hamburg. Drei Schwesterschiffe für dieselbe Reederei befinden sich im Bau und eins davon wird in der nächsten Zeit zu Wasser gelassen werden.

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

Anmeldungen zwecks Aufnahme in die Wählerliste nur noch bis Freitag vormittag von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr im Statistischen Amt, Braunstraße 2.

Diebstähle im Eisenbahnzuge. Auf der Strecke Hamburg-Lübeck wurden einem D-Zug-Reisenden 7000 Mk., 335 norwegische Kronen, ein Scheck über 20 000 Mk. und ein Accreditiv über 2000 norwegische Kronen sowie ein Paß gestohlen. Dem Kaufmann J. Goldschmidt wurde im D-Zug auf der Strecke Hamburg-Lübeck-Warnemünde aus der Brusttasche eine Brieftasche entwendet, die 1000 Mk. deutsches Geld, 300 dänische Kronen sowie Briefe und einen Paß enthielt.

Norbert Schiller vom Lübecker Stadttheater wurde nach zwei erfolgreichen Gastspielen als jugendlicher Held auf 3 Jahre an das Schauspielhaus Frankfurt am Main verpflichtet.

Der 14. internationale Esperanto-Kongreß wird am 6. August 1922 in Helsingfors abgehalten. Einige Tage vorher, am 1. und 2. August findet in Lübeck ein Vorkongreß statt. Die Gesellschaftsreise nach Helsingfors mit einem Sonderdampfer wird den Teilnehmern voraussichtlich eine erhebliche Verbilligung der Reisekosten bieten. Wer mitreisen will und noch nicht der Esperantobewegung angehört, dem bietet die Lübecker Volkshochschule in dem Anfang Januar beginnenden neuen Unterrichtsabschnitt Gelegenheit, diese Sprache zu erlernen.

Weihnachtsvorstellung für Kriegerwaisen am Sonnabend, dem 24. Dezember 1921, nachmittags 3 Uhr im Stadttheater. Auch in diesem Jahr hat die Direktion des Stadttheater sich freundlichst bereit erklärt, eine unentgeltliche Weihnachtsvorstellung für Kriegerwaisen zu geben. Karten können Kriegerwaisen im schulpflichtigen Alter (6—14 Jahre) erhalten, sofern ihre Mütter nicht wiederverheiratet sind. Die Ausgabe der Karten findet statt am Freitag, dem 23. Dezember 1921, und Sonnabend, dem 24. Dezember 1921, morgens von 8—12 Uhr im Zimmer 48 Untertrave 104.

Weihnachtsausstellung der Lukas-Gilde. Von heute, Donnerstag, an veranstaltet die Lukas-Gilde in der Katharinenkirche eine Ausstellung von Oelgemälden, Graphiken und Aquarells. Die Ausstellung ist geöffnet von morgens 10 bis nachmittags 3 Uhr. Ein reger Besuch dieser Ausstellung ist zu empfehlen.

Berichtigung. Die Arbeitsbaugenossenschaft führt von jetzt ab den Namen Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft, Lübeck, e. G. m. b. H. und nicht: Gemeinnützige Arbeitsbaugenossenschaft, Lübeck, e. G. m. b. H., wie kürzlich irrtümlich berichtet wurde.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Stadt-Theater. Im Freitag-Abonnement gelangt „Die Fledermaus" zur Wiederholung. An beiden Weihnachtstagen wird „Max und Moritz" gegeben. Am ersten Weihnachtstag abends „Tannhäuser". Am 2. Feiertag „Hoffmanns Erzählungen".

Hansa-Theater. Heute, Donnerstag, volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: „Die Tanzgräfin". Morgen, Freitag, 6. Vorstellung im Freitag-Abonnement: „Das Milliardensouper".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein schrecklicher Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Dienstag am Bahnhof der Alstertalbahn in Wellingsbüttel. Ein Fräulein Schmidt stieg versehentlich vorzeitig aus dem ankommenden Zug aus, trat auf das Glasdach des Bahnhofs und fiel durch das Dach. Besinnungslos blieb die Unglückliche auf dem Steinboden des Treppenaufgangs zum Bahnsteig liegen und verschied nach wenigen Minuten.

Hamburg. Projektierte Wolkenkratzer von 16 Stockwerken. In Hamburg beabsichtigt ein deutsch-amerikanischer Konzern, ähnlich wie in Köln und Leipzig, Hochhausbauten auszuführen. Wie Hamburger Blätter melden, sind die Baupläne bereits der Baubehörde unterbreitet worden. Man glaubt, daß die Bauerlaubnis erteilt wird. Die 16stöckigen Wolkenkratzer sollen keine Wohnhäuser, sondern Bureauhäuser werden. Für Fahrstühle hat man ein besonderes System gewählt, das mit den Schachtaufzügen der Bergwerke verglichen werden kann. Die verschiedensten Schwierigkeiten, wie Feuersicherheit, Wasserversorgung, Heizung usw. glaubt man leicht überwinden zu können. Dagegen bildet die Herstellung eines festen tragfähigen Baugrundes das am schwersten zu lösende Problem. Technisch aber ist die deutsche Baukunst imstande, solche Bauten aufzuführen.

Kiel. Ein sonderbarer Fürsorgeausschuß. Der Fürsorgeausschuß in Winsen bei Kaltenkirchen hat einem Landarbeiter die Erwerbslosenunterstützung entzogen, weil er sich geweigert hat, unter Tariflohn zu arbeiten. Der Schleswig-Holsteinische Landarbeitertarif ist rechtsverbindlich. Man sollte erwarten, daß dies einem Fürsorgeausschuß bekannt ist, und daß dieser nicht versucht, einen Arbeiter zu zwingen, bei den Bauern den Lohndrücker zu spielen. Eine Beschwerde bei dem Landrat ist eingeleitet.

Eckernförde. Ein gemeiner Milchfälscher. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde über eine unerhörte Milchfälschung in Schuby verhandelt. Angeklagt war der Hufenpächter Heinrich Berger in Schuby, der bis vor kurzem zahlreiche Ehrenämter bekleidete. Der Angeklagte hat fortgesetzt die von ihm an die Meierei zu liefernde Milch durch erheblichen Zusatz von Wasser gefälscht. Die Fälschung soll beim Melken vorgenommen, und zwar soll das zugesetzte Wasser aus den Tränktonnen der Kühe entnommen sein. Dies Wasser entstammte einer nahegelegenen Mergelkuhle und soll stark lehmigen Zusatz gehabt haben. Vorstandsmitgliedern gegenüber hat der Angeklagte sein Vergehen zugegeben und auch bereits eine Entschädigung von 35 780 Mk. an die Meierei gezahlt. — Nach ziemlich umfangreicher Zeugenvernehmung beantragte der Amtsanwalt 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf nur sechs Monate Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe. — Das Urteil muß als äußerst milde bezeichnet werden für diesen „Ehrenmann". Für solch gemeine Tat wäre Zuchthausstrafe am Platze.

Güstrow. Wie sich die Agrarier den Profit sichern. Die Landwirte-Vereinigungen und die Viehhändler-Vereinigungen liegen sich in den Haaren. Sie sind uneins darüber geworden, wie sie das Fleisch den Konsumenten — verbilligen könnten. Jawohl. Die Landwirte-Syndikate schreiben öffentlich so und wollen es angeblich durch Auktionen in Güstrow erreichen. Die Viehhändler boykottieren diese Auktionen und versichern, dort würden **durch die Landwirte die Preise in die Höhe gejagt**, weil die Landwirte **selber mitbieten** und das Vieh zurückkaufen, wenn ihnen das Gebot der Händler **nicht hoch genug ist.** — Die Konsumenten sehen dem Streite vorläufig ohne Fleisch zu und sind sehr gespannt, wie der edle Wettstreit um das — Wohl der minderbemittelten Bevölkerung enden wird, der Bevölkerung, der man für Aufhebung der Zwangswirtschaft billiges Fleisch versprach.

Westerland. Sturmflutschäden. Die in diesem Frühjahr mit einem Kostenaufwande von 1 Million Mk. hergerichtete Strandmauer ist infolge des außerordentlich hohen Wasserstandes und des Sturmes eingestürzt.

Blitzblanke **Zähne** schneeweiß und gesund dabei! Mundgeruch verschwindet durch die **KOMBELLA** Zahnpasta **SOLIDENTO**
Ueberall erhältlich! (10883

Alte deutsche Weihnachtsspiele.

Von Dr. Hans Rohden.

Schon in den Anfängen menschlicher Kultur suchte der Mensch sich die Geschehnisse in der Natur zu erklären. Er trachtete danach, das unbegreifliche Walten zu erkennen. Da er aber die Wunder nicht ergründen konnte, schuf er sich die großen Geister, höhere Wesen, denen er die Kraft zuschrieb, all die Geschicke zu meistern. Ihnen zu Ehren wurden die großen Feste gefeiert, wie es bei unsern Vorfahren das Julfest war, das Fest der Wintersonnenwende, bei der unsere Altvordern das persönliche Eingreifen ihres Gottes zu verspüren glaubten. Wie eng, oder ob überhaupt sich unser Weihnachtsfest an dies alte Julfest anschließt, dafür gibt es keine stichhaltigen Beweise. Es wird von den Forschern ebenso entschieden behauptet wie es bestritten wird. Und doch stimmt der tiefere Sinn dieser beiden Feste so gut überein, denn beide gelten dem „Licht der Welt".

Ohne Zweifel ist aber, daß viele Festbräuche von der christlichen Weihnachtsfeier übernommen worden sind, wie sich überhaupt aus klarer Berechnung die Kirche den übermütigen, tief im Volke wurzelnden Festspielen überaus duldsam gezeigt hat. Besonders gegenüber den etwas wilden oder gar rohen Weihnachtssitten altgermanischer oder römischer Herkunft. Von diesen Volkssitten sind uns bis heute viele erhalten geblieben, wenn auch mit der wachsenden höheren Gesittung in weihevoller Form. Ueberlieferte Volksgewohnheit und altgermanische Gottesverehrung heiten die verschiedensten Bräuche und Feste gezeitigt, wie wir sie noch heute als Volksglaube und Aberglaube wiederfinden. Hierzu sind vor allem die Weihnachtsumzüge zu rechnen, die sich durch Peitschenknallen und Schießen anzeigen, dem man die Kraft zuschreibt, böse Geister zu vertreiben; in die Gärten und Felder zu schießen, weckt aber die Saaten. Die Burschen sind bei diesen Umzügen schreckhaft vermummt als Rummelpott. Welcher Art diese Umzüge waren, zeigt uns eine Schilderung aus dem 17. Jahrhundert: „Da laufen bey uns wider alles Verbot der Obrigkeit die also genannten hallheilige Christen mit Kühgloken und Schaffschellen behänget auf den Gassen und Straßen noch oftmals herum, brüllen, schwärmen, schlagen an die Häuser, erschrecken die Kinder und was des Weyns mehr ist. Da werden von denen, die sich andern den Schein der Gottseligkeit haben wollen, ganz öffentliche Processions von den vermeynten Christen, Engeler, Apostel und Knecht Ruprechten, die sich wie die Pickelhäringe und Fastnachtsnarren anklleiden, mit Gefolge einer großen Menge fluchender und schreyenden unbändigen Volks in den Häusern gehalten und den Kindern die abgöttischen Concepte gemacht, das sey der heilige Christ, der sey mit seinen Engeln und Aposten vom Himmel gekommen."

Die Teilnehmer des Umzuges ergeben sich dann dem Essen und vertilgen soviel, als sie nur vermögen, was Segen für das ganze Jahr bringen soll, weshalb aber auch der Weihnachtsabend Vollbauchsabend genannt wurde. Damit aber auch die Obstbäume gute Früchte tragen im kommenden Jahr, hing man ihnen in der Christnacht Kuchen und Obst an, eine Sitte, die dann auf den Weihnachtsbaum übertragen wurde. Die Sitte des Weihnachtsbaums ist aber noch nicht so alt, als wir gewöhnlich anzunehmen gewohnt sind. Zurückzuführen dürfte unser Weihnachtsbaum auf einen von den Germanen überlieferten Volksbrauch sein. Ein Kirschbaumzweig am Weihnachtsabend im Zimmer in Wasser gestellt sollte das Wetter im kommenden Jahre voraussagen. Zeigte er bis zum Dreikönigstag neue Triebe, so verhieß er gutes Wetter und eine gesegnete Ernte. Die Bauern richteten sich schon gleich bei der Bestellung nach diesem Orakel. Dieser Brauch ging auf altgermanische Sitte zurück. Das Volk aber in seiner Einfalt und naiven Gläubigkeit begann, diesem Zweige eine Wunderwirkung zuzuschreiben und griff dem Orakel insofern vor, indem es gleich Tannenreiser oder andere immergrüne Zweige ins Zimmer stellte, denen es dann das Wunder eines guten Erntejahres zuschrieb. In der Folge begann man ganze Bündel von Zweigen anzubringen und in Anlehnung an das Orakel sie gleich mit Blumen auszuschmücken. Noch heute sehen wir ja auf den Märkten solche Zweige und Bäumchen, heute freilich — wie sollte es anders sein! — mit Papierrosen verziert, zum Verkauf gestellt. Diese Zweige wandelten sich dann bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts zu einem Tannenbaum, der zuerst als unheilig von der Kirche verfemt war. Noch im Jahre 1657 eiferte der Prediger am Straßburger Münster, Dr. Dannhauer, gegen die heute so verehrte und als christlich gepriesene Sitte: „Unter anderen Lappalien, damit man die alte Weihnachtszeit oft mehr als mit Gottes Wort begeht, ist auch der Tannenbaum, den man zu Hause aufrichtet, denselben mit Puppen und Zucker behängt und ihn hiernach schütteln und abblümen läßt. Wo die Gewohnheit herkommen, weiß ich nicht; ist ein Kinderspiel . . . Viel besser wäre es, wenn man weihte auf dem geistlichen Cedernbaum die Kinder Christum Jesum." Was man also vor noch nicht dreihundert Jahren als unheilig und ungöttlich verfolgte, ist eine so kirchenfromme Sitte geworden, daß sich kirchenfeindliche Eiferer sogar dagegen aufzulehnen versuchen. Aber der Weihnachtsbaum ist längst zu einer Volkssitte geworden, daß Weihnachten ohne ihn gar nicht mehr zu denken ist.

Unsere Ahnen waren aber nicht dazu geschaffen, in schweigender Demut ihren Gott zu ehren und alles Handeln ihrem Priester zu überlassen. Sie wollten auch als Christen an der Verehrung tätigen Anteil haben, wie ihre heidnischen Vorfahren auch, die ihren Göttern mit üppigen Festgelagen huldigten. Sie begannen damit, die Geburt Jesu plastisch darzustellen und wiesen damit einer großen Kunstepoche den Weg. Die Krippe allein war aber schließlich dem Volk nicht würdig genug und so wurde dieses Christkind in eine Wiege gelegt. Die Andächtigen standen nun um die Wiege, sangen Wiegenlieder und begannen als höchste Verehrung das Kindlein zu wiegen, jedes mußte wenigstens einige Male die Wiege in Bewegung gesetzt haben. Dieses Kinderwiegen aber wurde gerade in — Nonnenklöstern mit großen Feierlichkeiten und nicht geringer Ausdauer vollzogen. Zum Gesang gehörte aber auch der Tanz, der gewöhnliche Ringeltanz, wie wir ihn aus unserer Kindheit noch kennen. Die Hände der Umstehenden hatten sich bald gefunden und nach den Takten des Wiegenliedes bewegte man sich im Kreise und es wurde aus dem Weihnachtsfest eine Freudenfeier, bei der es meist recht hoch herging. So wurde noch lange in Hof in Bayern am ersten Christtage nach dem Wiegenlied der Ponwitzeltanz aufgeführt, an dem sich alt und jung beteiligten. Die Chronisten berichten aus dem 16. Jahrhundert, daß damals allgemein auf dem Altar die Christpuppe aufgestellt wurde, die man singend umtanzte.

Die dem Kinderwiegen zugrunde liegende Idee fand später sehr natürlich ihre Ausweitung in den Krippenspielen bis zu den großen Weihnachtsdramen, wie wir sie in den beiden Freisinger Spielen kennen, die mehrfach neu bearbeitet hie und da noch heute ihre Neuaufführung erleben, ohne jedoch noch die frühere Bedeutung zu erlangen. Die früheren Weihnachtsspiele waren Sache des ganzen Volkes unter der Betätigung des ganzen Volkes. Wenn dabei auch nicht gleich jeder seine Rolle haben konnte, so fand er doch Betätigung in der Ausschmückung der Kirche, im Herrichten der Kostüme, der Einstudierung der Rollen oder gar in der Abfassung des ganzen Spiels. Mit diesen Aufführungen aber wurden die örtlichen Volksbräuche verbunden und so fehlte es nie an einem urwüchsigen, meist recht derben Humor, was die Volkstümlichkeit und die weitere Verbreitung nur noch erhöhte. Da sich aber diese Episodern neben der Darstellung von Christi Geburt recht possenhaft ausmachten, so kann man schon eher von Weihnachtskomödien reden. Es blieb erst der neueren Zeit vorbehalten, in einer öffentlichen Lustbarkeit eine Entheiligung des Weihnachtsfestes zu erblicken und solche mit Hilfe der Polizei zu verbieten. So lange sich die Lustbarkeit in den Dienst der Kirche stellte, hatte man dagegen nichts einzuwenden, mochte sie noch so ausgelassen sein.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 21. Dezember.

Wortführer G. Ehlers. — Beginn 6,15 Uhr.

Der Wortführer teilt mit, daß in der Berechnung des Wahlergebnisses zum Bürgerausschuß ein Rechenfehler unterlaufen ist. Die Sozialdemokraten erhalten statt 12 nur 11 Sitze, während die Demokraten einen Sitz mehr erhalten. — Eingegangen ist ein

Wahlprotest der Deutschnationalen Volkspartei.

Es heißt darin, das Wahlgeheimnis sei nicht genügend gewahrt gewesen. Der wahre Wille der Bevölkerung sei nicht klar und unbeeinflußt zum Ausdruck gekommen. (Lachen bei den Soz.) Der Sinn der geheimen Wahl .... (Zuruf bei den Soz.: Preußenwahlrecht! — Rosenquist: Die Geschichte wird immer hübscher!) Die Stimmzettel seien schon von weitem durch die Papierart kenntlich gewesen. Eine große Zahl Wähler habe die Unregelmäßigkeiten einwandfrei festgestellt. (Dr. Leber: Die Katze braucht eine Schelle!) Eine Prüfung der Wahl müsse von einem Staatsgerichtshof oder einer besonderen Instanz vorgenommen werden. Das Rechtsempfinden erheische eine Umarbeitung des Bürgerschaftswahlgesetzes.

Der Wortführer erklärt die Wahl für gültig. Eine andere Instanz, ein Staats- oder Verwaltungsgerichtshof, die über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden habe, gebe es nicht. Auch der Senat habe sich für unzuständig erklärt. Dagegen werde es jeder begrüßen, wenn das Bürgerschaftswahlgesetz einer Revision unterzogen werde. Verletzt worden sei das Gesetz nicht. Ein Vergleich mit dem Reichstagswahlgesetz komme hier nicht in Frage. Der Wortführer erklärt ferner, daß niemand in dem Wahlprotest genannt worden sei und daß sich auch keiner bei der Behörde beschwert habe. Auch der Einwurf der Nichteintragung in die Wählerlisten sei nicht stichhaltig. Diese hätten ordnungsgemäß ausgelegen und jeder hätte sich von der Eintragung überzeugen können. Die Deutsche Volkspartei stellt das Ersuchen, der Bürgerschaft eine Vorlage zur Abänderung des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 23. Mai 1920 vorzulegen, durch die in gleicher Weise wie im Reichstagswahlgesetz das Wahlgeheimnis gesichert wird. — Prof. Roth (DN.) behauptet, es lägen eine ganze Anzahl Beschwerden vor, auch seien Eintragungen in die Wählerlisten beantragt, aber nicht ausgeführt worden. Die geheime Wahl sei nicht gewährleistet worden. Der Eingabenausschuß müsse die ganze Sache prüfen. — Der Wortführer erklärt, es seien keinerlei Beschwerden an die Kanzlei der Bürgerschaft eingegangen. — Ambrosius (Dem.) glaubte, daß es nach der Verfassung möglich sei, den Antrag sofort zu erledigen. — Der Wortführer bezeichnet die Ansicht des Vorredners für irrig. — Pape (Arbg.) behauptet ebenfalls, die Wahlgeheimhaltung sei nicht genügend gewahrt. — Der Antrag geht an den Eingabenausschuß.

Der Wortführer verliest eine weitere Anzahl Eingaben, die dem Eingabenausschuß überwiesen werden. — Heilbronn (Komm.) fordert Verlesung der Eingaben. Die nötige Zahl Stimmen zur Unterstützung des Antrages wird nicht aufgebracht. — Wolfradt (Soz.) stellt und begründet folgenden Antrag:

Um die Behandlung der Senatsanträge zu erleichtern, beschließt die Bürgerschaft folgende ständige Ausschüsse einzusetzen: 1. Ausschuß für Steuer und Finanzwesen, 2. Bildungsausschuß, 3. Ausschuß für Gesetzgebung, 4. Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen, 5. Ausschuß für Wohlfahrt und Gesundheitspflege, 6. Ausschuß für Beamten- und Angestelltenfragen.

Der Antrag wird dem Aeltestenausschuß überwiesen. — Gegen den Dringlichkeitsantrag betr. das Hanseatische Oberlandesgericht erhebt Nickel (Komm.) Einspruch. Die Bürgerschaft beschließt, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. — Nickel (Komm.) fordert wiederholt Abschaffung der Uniform des Senatsdieners. — Der Wortführer erklärt, das sei Sache des Senats. — Rosenquist (Arbg.) wundert sich über die Rotscheu der Kommunisten. — Senator Kulenkamp erklärt, der Senat sehe sich nicht veranlaßt, die historische Tracht des Senatsdieners abzuschaffen. — Heilbronn (Komm.) beantragt Aussetzung der Bürgerschaftsberatungen, bis der Ratsdiener entfernt ist. — Der Antrag findet keine genügende Unterstützung. — Der Wortführer ersucht um bessere Unterstützung bei seiner Geschäftsführung.

1. Antrag: **Auszahlung der erhöhten Bezüge auf Grund der neuen Ortsklasseneinteilung.** — Senator Dr. Vermehren erklärt, die Auszahlung der erhöhten Bezüge sei bereits erfolgt. — Nickel (Komm.) stellt den Antrag, sämtliche lübsche Beamte und Angestellte in das Ortsklassenverzeichnis A zu versetzen. — Schermer (Soz.) bedauert, daß Travemünde nicht in die Ortsklasse A eingereiht worden sei. Es werde notwendig sein, daß sich der Senat in Berlin für Travemünde besonders einsetze. Auch sonst seien noch grobe Fehler in der neuen Ortsklasseneintreilung vorhanden. So sei Schönböcken ausgeschieden; der Förster in Israelsdorf bleibe in Ortsklasse C, Krumbeck, Sierksrade, Niendorf-Moorgarten usw. seien ungenügend berücksichtigt. Ueberall seien so viele Härten vorhanden, daß das ganze Ortsklassenverzeichnis, so wie es heute sei, verschwinden müsse. Redner stellt folgende Anträge:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den gemeinsamen Ausschuß für Beamtenbesoldung zu beauftragen, eine Prüfung vorzunehmen, warum Travemünde nicht in die Ortsklasse A gekommen ist.

Die Bürgerschaft möge beschließen: Den Beamten, die vor dem 18. September 1920 in den Ortschaften der Ortsklasse B bis E angestellt sind, steht ein Einkommen wie den Beamten der Stadt Lübeck zu (wohlerworbenes Recht). Sie sind daher nach der Ortsklasse A zu besolden.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, im Reiche mit Entschiedenheit auf die Aufhebung des Sperrgesetzes hinzuwirken.

Die lübschen Beamten seien ganz von Lübeck abhängig. Auch den Pensionären müßten die Beträge sobald als möglich ausgekehrt werden. Ferner seien u. a. zu berücksichtigen die Angestellten der Museen und die Lehrer der Privatschulen. Mindestens müsse diesen Leuten vor Weihnachten ein Vorschuß auf die Nachzahlung gegeben werden. — Senator Dr. Vermehren: Die lübschen Vertreter in Berlin haben alles daransgesetzt, um Travemünde und die Landgemeinden in das gleiche Ortsklassenverzeichnis einzuverleiben. Der Reichsfinanzminister hat sich dem entgegengestellt. Es sei jedoch zu hoffen, daß noch eine Aenderung möglich werde. Die Berechnungen für die Pensionäre und Hinterbliebenen seien in den nächsten Tagen erledigt, so daß die erhöhten Bezüge nachgezahlt werden könnten. Auch die vom Vorredner genannten Angestellten hätten bereits Nachzahlungen erhalten. — Rosenquist (Arbg.) tritt für eine erhöhte Unterstützung der Kriegshinterbliebenen ein. — John (Soz.) bedauert, daß die Nachzahlungen zu spät erfolgen. Bei vielen Behörden hätten Angestellte ausscheiden müssen, die Anspruch auf die erhöhten Bezüge hatten. Redner fragt, ob man wieder beabsichtige, diejenigen Angestellten, die ausschieden oder ausscheiden mußten, von dieser Nachzahlung auszuschließen. Wenn ein Tarifvertrag rückwirkende Kraft erhält, müßten die ausgeschiedenen Angestellten auch die Bezüge erhalten. Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Nickel (Komm.) ersucht um Annahme seines Antrages, der alle Angestellten und Beamten im lübschen Staatsgebiet in die Ortsklasse A versetzt. — Senator Dr. Vermehren hält diesen Antrag für unmöglich, da sich Lübeck nach der Reichsverfassung richten müsse. Die Nachzahlungen an ausgeschiedene Angestellte werde sich schwerlich durchführen lassen. Wir seien auch hier an das Reichsgesetz gebunden. — Henk (DN.) fordert einheitlichere Behandlung der lübschen Enklaven. Krumbeck habe man in Klasse B belassen. Auch die lauenburgischen Enklaven seien schlechter gestellt. — Schermer (Soz.) ist der Meinung, der Senat scheine nicht zu wissen, wie die Angestellten der Schuh drückt. Man solle doch bedenken, daß noch Monatsgehälter von 800 bis 1100 Mk. bezahlt würden. Eilige Hilfe tue not. — Hagelstein (Soz.) kommt auf die Travemünder Verhältnisse zu sprechen. Diese seien mit denen anderer Ostseebäder gar nicht zu vergleichen. Statistisch sei nachgewiesen, daß Travemünde teurer ist als Lübeck. — Haut (Soz.) erklärt, sein Parteifreund John sei nicht beauftragt gewesen, einen Antrag zu stellen. — Heilborn (Komm.) tritt für die Nachzahlung der erhöhten Bezüge auch für die ausgeschiedenen Angestellten ein. Der Senat sei vielleicht nicht ganz unschuldig, wenn nicht alle lübschen Beamten in die Ortsklasse A eingereiht seien. Weiter verwendet sich der Redner für den Antrag John. — Senator Dr. Vermehren verweist auf die fortwährende Teuerung, die eine Rückwirkung der erhöhten Bezüge rechtfertige. Alle lübschen Orte werde man nicht in die Klasse A einreihen können. Die Hoffnungen dürfe man nicht zu hoch spannen. — John (Soz.) zieht seinen Antrag zurück. — Heilborn (Kom.) nimmt ihn wieder auf. — Rosenquist (Abg.) spricht von Oberbonzen in der sozialdemokratischen Fraktion. — Haut (Soz.) polemisiert gegen Heilborn und verweist auf die kommunistischen Richtlinien für Gemeindevertreter, denen sich die Kommunisten unterzuordnen haben. Diese hätten also keine Ursache, sich gegen die Disziplin der Sozialdemokraten zu wenden. — Der Senatsantrag wird angenommen. — Auch der Antrag Nickel (Kom.), alle lübsche Beamten in die Ortsklasse A aufzunehmen, wird angenommen. Angenommen werden auch die Anträge Schermers (Soz.)

Das Ersuchen Heilborns (Kom.) den ausgeschiedenen Angestellten die Nachzahlung zu gewähren, geht an den Bürgerausschuß.

2. Antrag: **Bewilligung von 8 Lehrerinnenstellen für die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.** — Passarge (Soz.) kommt auf unleidliche Verhältnisse an der Gewerbeschule zu sprechen. Dort habe man einem Teil der Schüler verboten, republikanische Abzeichen zu tragen, da sie den parteipolitischen Anschauungen der Lehrer nicht entsprechen. Da die Hakenkreuzler ihre Abzeichen aber weiter trugen, entstand eine gewisse Spannung. Es gehört nicht in eine Schule, daß Lehrerr versuchen, ihre parteipolitische Anschauung den Jugendlichen aufzudrängen. Auch die vorjährige große Unruhe unter der Schülerschaft hätte vermieden werden können, wenn nicht der Zwiespalt hineingetragen worden wäre. Um eine Gemeinschaft zwischen Lehrern und Schülern herzustellen, stellt der Redner das Ersuchen, wonach der Senat ein Gesetz einbringt, das die Errichtung von Schülerräten vorsieht. Das könne nur von Vorteil für beide Teile sein. Weiter bringt der Redner einen Fall zur Sprache, in dem der Rektor einer Volksschule bei der Anmeldung einen Taufschein forderte und stellte das Ersuchen an den Senat, die Oberschulbehörde anzuweisen, daß der Geburtsschein der einzige Ausweis bilden solle. — Senator Dr. Vermehren erklärt, die Schulleitung habe angeordnet, daß sämtliche parteipolitischen Abzeichen der Schüler abgelegt werden. Die Oberschulbehörde stehe der Einsetzung von Schülerräten durchaus sympathisch gegenüber. Dadurch könne ein gutes Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler nur gefördert werden. — Senator Kulenkamp erklärt, die Behörde wünsche überhaupt nicht, daß Abzeichen in der Schule getragen werden. Es solle aber auf freiwilliger Vereinbarung beruhen. — Frl. Koltze (DV.) erkundigt sich nach der Besetzung der Lehrerinnenstellen an der Fortbildungsschule. Persönliche Tüchtigkeit und Erfahrung müsse hier mehr gelten als der Nachweis der besonderen Staatsprüfung. — Schermer (Soz.) spricht für nochmalige Ausschußprüfung. Wir hätten hier einzelne Lehrkräfte für diese Stellung. Weiter fordert der Redner eine andere Regelung der Besoldungsverhältnisse. Die wenigen Kriegslehrer habe man auch noch nicht angestellt. — Senator Dr. Vermehren wünscht Annahme des Senatsantrages, damit die nötigen Kräfte gewonnen werden könnten. Es bestehe sonst die größte Gefahr für den regelrechten Gang der Schule. — Nickel (Kom.) unterstützt die von Passarge vorgebrachten Beschwerden in der Gewerbeschule. An höheren Schulen werde Hakenkreuzpolitik getrieben. Weiter nimmt sich der Redner einer kommunistischen ausländischen Hilfslehrerin an, die sich gut bewährt habe. Nach Bekanntwerden ihrer Parteizugehörigkeit habe man sie nicht mehr beschäftigt. Für die Abhaltung einer Wintersonnenwendfeier der kommunistischen Jugend fordert der Redner die Freigabe einer Aula. — Ambrosius (Dem.) tritt für den Senatsantrag im Interesse der Schule ein und fragt, ob damit zu rechnen sei, daß bald eine Schulsteuer erhoben werden könne. Die Schulgeldgrenze für mittlere und höhere Schulen sei erreicht. — Senator Dr. Vermehren betont, die Maßnahmen auf dem Gebiete einer Schulsteuer seien bisher ergebnislos gewesen. — Senator Kulenkamp fügt hinzu, daß die Frage der Schulsteuer vom Reichsfinanzminister weiter verfolgt werde. — Die Schulräume sollen nur zu künstlerischen, wissenschaftlichen und vaterländischen Veranstaltungen hergegeben werden, nicht aber zu parteipolitischen. Auch den Jugendvereinigungen habe man die Räume zur Verfügung gestellt, wenn sie keine parteipolitische Tendenzen verfolge. Bei der Arbeiterjugend wurden vorwiegend Fortbildungszwecke verfolgt, weshalb dieser Schulräume überlassen wurden. — Frl. Koltze (DN.) bedauert die Art und Weise, wie man über die Befähigung der Volksschullehrerinnen an der Pflichtfortbildungsschule in maßgebenden Kreisen geurteilt habe. — Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen. — Der Senatsantrag wird angenommen. — Das erste Ersuchen Passarges (Soz.) wird mit einfacher, das zweite mit Zweidrittelmehrheit angenommen. — Das Ersuchen Nickels wird mit einfacher Mehrheit angenommen. Es geht an den Bürgerausschuß.

3. Antrag: **Erhöhung der Marktstandsgelder.** — Frau Greve (Kom.) spricht gegen den Antrag. Er bedeute eine indirekte Steuer für die Armen. — Senator Löwigt bezeichnet die Erhöhung der Markthallenstandgelder als mäßig. Die Preise der Waren seien von den Standgeldern nicht abhängig. Die Anlagen des Staates müßten sich auch bezahlt machen. — Ambrosius (Dem.) empfiehlt, daß der Senat die Höhe der Marktstandsgelder festsetzt und der Bürgerschaft jeweils von den Veränderungen Mitteilung macht. — Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: **Nachbewilligung für das Landesversorgungsamt.** — Henk (DN.) fordert, daß den Landwirten die Kleie zu angemessenen Preisen verkauft wird. Heute sei dies Abfallprodukt teurer als der Roggen, den die Landwirte abliefern müßten. — Nickel (Kom.) wünscht den Ausbau der Altbekleidungsstelle. — Senator Löwigt: Die Bürgerschaft hat sich wiederholt für den Abbau des Landesversorgungsamts ausgesprochen. Die Verhältnisse haben sich auch geändert, seit die Zuweisung der Reichsware abnimmt. — Pape (Abg.) wendet sich gegen die hohen Kohlenpreise. Die Bestände hätten wenigstens zum alten Preise hergegeben werden müssen. — Senator Löwigt: Das Landesversorgungsamt hat auf die Erhöhung der Kohlen keinen Einfluß. Die Händler waren damit einverstanden, daß die alten Bestände nicht teurer verkauft werden. — Hagelstein (Soz.): Die Landwirte fordern für Korn 600—800 Mark, da sollten sie nicht über hohe Kleiepreise klagen. Ist es übrigens richtig, daß die Landwirte große Mengen Mais erhielten, den sie gar nicht abführen, sondern nur den Gewinn vom Weiterverkauf von der Bank einstrichen? Die kleinen Leute sollen keinen Mais erhalten haben. — Senator Löwigt: Mais ist an kleine und große Besitzer zur Schweinemast abgegeben worden. Ueber Weiterverkauf wurde uns nichts bekannt. — Henk (DN.): Die Reichsregierung hat nicht gebrauchten Mais zurückgekauft, den kleinen Verdienst dabei darf der Landwirt schon haben. — Thode (DV.) fordert Abbau des Landesversorgungsamtes. — Senator Löwigt: Das Landesversorgungsamt hat nur noch zwei Abteilungen. Für Brot, Mehl und Brennstoff muß die Bewirtschaftung aufrechterhalten werden, sonst kommen wir zu gewaltigen Preissteigerungen. — Reimpell (DN.) nimmt die Landwirte in Schutz. Die Deputatempfänger seien ebenso an der Preistreiberei schuld. — Reppenhagen (Soz.) erklärt, von dem Zwangsablieferungskorn werde kaum Kleie abgeliefert, da es stark ausgemahlen werde. — Frau Greve (Kom.) wünscht genaue Bekanntgabe des Maisbezugs und wendet sich dagegen, daß die Deputatarbeiter mit Wucherern und Schiebern auf eine Stufe gestellt werden. — Hagelstein (Soz.): Bei dem heutigen Lohn des Landarbeiters ist dieser gezwungen, Ware zu verkaufen, um Kleider usw. wieder kaufen zu können. — Senator Löwigt ersucht, Klagen über das Landesversorgungsamt an der rechten Stelle vorzubringen, damit ihnen nachgegangen werden kann. — Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** — Der Senat überreicht eine Ergänzung seines Antrages, die durch die Versetzung Lübecks in die Ortsklasse A notwendig wurde. Die Sätze erhöhen sich entsprechend. — Senator Bromme gibt einige Aufklärungen und ersucht um Annahme des Antrages. — Frank (Kom.) fordert für die Erwerbslosen eine einmalige Weihnachtsbeihilfe von 200—500 Mark, für die Ehefrau 100 Mark und für jedes Kind 50 Mark. Ferner fordert der Redner Anerkennung des Erwerbslosenrats und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Die weiblichen Erwerbslosen dürften nicht schlechter gestellt werden als die männlichen. — Senator Bromme: Von der traurigen Notlage der Erwerbslosen bin ich überzeugt. Wir müssen uns aber an die Reichsvorschriften halten. Die Erwerbslosen, die nicht unterstützungsberechtigt sind, wurden von uns durch besondere Einrichtungen über Wasser gehalten. Gehen wir über die Reichssätze hinaus, wird uns die Unterstützung ganz gesperrt. Eine Weihnachtsbeihilfe kann deshalb leider nicht in Aussicht gestellt werden. Das Arbeitsamt hat aber den Erwerblosenrat in allen Fragen, die die Erwerbslosen betreffen, zugezogen. — Frank (Kom.) verteidigt seinen Antrag wiederholt. Die Erwerbslosen müßten allein darüber zu entscheiden haben, wem die Unterstützung zugesprochen werden soll. — Nickel (Kom.) fordert ebenfalls eine besondere Weihnachtsunterstützung für die Erwerbslosen. — Senator Bromme erklärt wiederholt, daß wir uns nicht über die Reichsbestimmungen hinwegsetzen könnten. — Wolfradt (Soz.) fragt, ob das Reich eventuell eine besondere Zuwendung des lübschen Staates abziehe. — Senator Bromme: Wir müssen dann gewärtig sein, daß uns die Unterstützung gesperrt wird. — Roß (Kom.) fragt, ob Lübeck die Summe von sich aus bezahlen könne. — Senator Bromme: Alle Anträge, die finanzielle Mittel erfordern, müssen der Finanzbehörde vorgelegt werden. — Der Zusatzantrag Frank, den weiblichen Erwerbslosen dieselben Sätze zu gewähren, wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe. — Der Senatsantrag wird angenommen. — Das Ersuchen Franks, den Erwerbslosenrat als oberstes Kontrollorgan für die Erwerbslosen einzusetzen, wird abgelehnt.

6. Antrag: **Nachbewilligung für die Finanzbehörde.** — Ein Antrag Ambrosius (Dem.) wünscht die Stempelordnung einer Prüfung zu unterziehen. — Ad. Löwigt (Soz.) kommt auf die langfristigen Pachtverträge der Stadtgüter zu sprechen. Heute würden wieder 37 833 Mark dafür gefordert, und derweil brächten die 11 Stadtgüter nur 135 984 Mark Pacht ein. Nach Abzug der Verwaltungskosten verbleibe nur ein Ueberschuß von 45 000 Mark. Es sei in der Bürgerschaft wiederholt gesagt worden, daß der Staat verpflichtet sei, alle Einnahmequellen voll zu erschöpfen. Der Redner führt die niedrigen Summen an, die die Pächter städtischer Güter bezahlen (z. B. Kücknitz 4 358 Mk. [Zuruf bei den Soz.: Die armen Landwirte!], Albsfelde 6 424 Mk., Karlshof 20 000 Mk.) Die Güter erforderten mehr Zuschüsse als sie einbringen. Man könnte es wohl verstehen, wenn der Staat seine Güter billig hingebe und dafür billigere Lebensmittel schaffe, um gegen den Wucher einen Ausgleich zu erhalten. Doch die Pächter ließen sich keine Vorschriften über die Preise machen und forderten ebenfalls Weltmarkts- oder Schleichhandelspreise. Deshalb sei eine Aenderung der Pachtverträge unbedingt notwendig. Der Redner stellt das Ersuchen an den Senat, baldigst eine Vorlage zu bringen, welche es ermöglicht, daß die Stadtgüter, deren Pacht länger als bis 1. Mai 1922 läuft, einen Pachtpreis erbringen, der den heutigen Verhältnissen angepaßt ist. Es sind noch Güter vorhanden, deren Pacht bis zum Jahre 1934 läuft. Der Senat hat zwar bisher betont, daß einer Aenderung gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Ist es tatsächlich so, daß Bestimmungen bestehen, die dem Staat die Lebensfähigkeit rauben, dann müssen diese beseitigt werden. Die Finanzbehörde kann ja auch anders verfahren, wie die Verpachtung von Grundstücken an kleine Leute beweist. Da fordert man Anpassung des Pachtpreises an die heutigen Verhältnisse. Das muß auch bei den großen Gütern möglich sein, sonst bekommen wir die Mittel nicht, die der Staat braucht. — Senator Kulenkamp ist nicht in der Lage, einzelne Erklärungen abzugeben. Die Finanzbehörde tue alles, um die Pachtpreise der Stadtgüter zu erhöhen. — Ambrosius (Dem.) kritisiert die niedrigen Stempelgebühren. Der Tarif bedürfe unbedingt einer Nachprüfung. Die heutigen Sätze deckten die Ausgaben des Staates nicht. — Reimpell (DN.): Die Finanzbehörde nimmt heute die Neuverpachtung nach einheitlichen Grundsätzen vor. Albsfelde bringe im kommenden Jahr einen Pachtzins von 600 Zentnern Korn. Bestehende Verträge könnten nicht geändert werden, dem ständen die Reichsgesetze entgegen. — Ad. Löwigt: Wir können nicht so lange die hohen Lebensmittelpreise bezahlen und so wenig Pacht einnehmen. In Mecklenburg wurden bereits Versuche gemacht, um die Hindernisse wegzuräumen. Auch Ihr Interesse müßte es sein, daß derartige Gesetze beseitigt werden. — Dr. Haun (Soz.) streift die juristische Frage und verweist auf Reichsgerichtentscheide in Fragen des Gewohnheitsrechts. Voraussetzung bei Verträgen dieser Art sei, daß sich die Verhältnisse nicht wesentlich geändert hätten. Die Pachtschutzordnung biete wohl die Möglichkeit, eine Erhöhung der bisherigen Pachtsumme durchzusetzen. Die bisherigen Pächter sollen nicht herausgedrängt werden, sondern sie sollen nur gezwungen werden, eine Pacht zu bezahlen, die ihren ungeheuren Wuchergewinnen entspricht. — Rehlsen (Arbg.) ist mit dem Vorschlag Löwigts einverstanden. Man müsse aber auch diese Ansicht bei den Mietverträgen gelten lassen. Die Mieter müßten selbstverständlich auch gegen wucherische Hausbesitzer geschützt werden. — Der Wortführer ersucht, die Debatte nicht zu weit auszudehnen. — Rehlsen (Arbg.) glaubt, daß die Reichsgesetze eine Aenderung der Pachtverträge nicht zulassen. — Hefti (Arbg.) fordert ebenfalls eine Aenderung der Pachtverträge und tritt für höhere Mieten ein. Diese müßten dem Geldwerte entsprechend erhöht werden. — Nickel (Komm.) lehnt die Zuschüsse für die Kaserne in St. Gertrud und das Regimentshaus ab. Die Stadthalle erfordere auch noch einen Zuschuß. Die Kosten der Jagd müßten von den Pächtern getragen werden. Der Redner kritisiert den Tausch eines Waldgeländes in Karlshof an einen Landmann. Dadurch würden die Siedler geschädigt. Der Verkauf müsse rückgängig gemacht werden. — Reimpell (DN.) wünscht die Verhandlungen erst bei Anwesenheit eines Spezialkommissars erledigt. — Ad. Löwigt (Soz.) hält es für eine Brüskierung der Bürgerschaft, daß kein Spezialkommissar anwesend ist. — Senator Kulenkamp bestreitet, daß etwas Derartiges beabsichtigt sei. — Der Senatsantrag wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. — Pape (Arbg.) beantragt Vertagung der Bürgerschaft mit Ausnahme wichtiger Punkte. — Dreger (Soz.) ersucht um einige Beschränkung in der Redewut und volle Erledigung der Tagesordnung.

Die Punkte 9—11 werden gemeinsam verhandelt.

9. Antrag: **Ratifikation eines auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Zusatzvertrages** (1. Sache).

10. Antrag: **Ratifikation eines auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Zusatzvertrages** (2. Sache).

10a. Antrag: **Dringlicher Antrag auf Schaffung von Stellen beim Hanseatischen Oberlandesgericht.**

11. Antrag: **Nachbewilligung für das Hanseatische Oberlandesgericht.** — Dr. Gebhard (DN.) hat Bedenken gegen den Antrag 10, nach dem auch Lehrer des Rechts an der Universität Hamburg zugleich Oberlandesgerichtsräte sein können. Dadurch würde die lebenslängliche Anstellung der Richter durchbrochen. — Senator Dr. Stooss glaubt nicht, daß nach dem Gerichtsverfassungsgesetz Bedenken vorliegen. — Heilborn (Komm.) lehnt alle Anträge, die sich auf das Oberlandesgericht beziehen, ab. Die deutschen Universitäten seien Brutstätten der Reaktionäre, einzelne hätten sich den Arbeitermord zur Richtschnur genommen und seien Feinde der Republik. Die Gerichte würden durch Einbeziehung von Universitätsprofessoren noch reaktionärer. Der Redner kritisiert ferner die Verurteilung der Lübecker Flaggendemonstranten und die Abweisung der Klage eines Werkobmannes. Die ganze Staatsgewalt gehe heute nur darauf aus, die Arbeiter zu unterdrücken. Arbeitergerichte müssen geschaffen und die Schandjustiz beseitigt werden. — Der Wortführer hält den allgemeinen Ausdruck von Schandjustiz für unangebracht. — Senator Dr. Stooss nimmt die Justiz in Schutz. Den Richtern könne kein Vorwurf gemacht werden. — Die Senatsanträge werden angenommen.

15. Antrag: **Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer des Gewerbegerichts.** — Wird angenommen.

7. Antrag: **Herstellung einer Lichtanlage im Postgebäude in Reske.** — Wird angenommen.

8. Antrag: **Erhöhung der Löhne für das Pflege- und Hauspersonal der Heilanstalten.** — Wird angenommen.

12. Antrag: **Nachtrag zum Straßenbaugesetz und zur Bauordnung.** — Wird angenomen.

13. Antrag: **Bauliche Verbesserungen in der V. St. Lorenzschule.** — Nickel (Komm.) fordert mehr Berücksichtigung der Gemeinnützigen Arbeitsbaugenossenschaft bei staatlichen Arbeiten. Die Arbeitsbaugenossenschaf habe ein Recht, die ganzen Arbeiten zu erhalten. Sie wirke preisbildend. — Rosenquist (Arbg.) bekennt sich als Feind der Arbeitsbaugenossenschaft und erklärt, daß auch er bei Staatsarbeiten viele Jahre so gut wie unberücksichtigt geblieben sei. — Der Senatsantrag wird angenommen.

14. Antrag: **Ausbau der Gebäude auf dem Grundstück Rockstraße 50 zu Wohnungen und zu einer Jugendherberge.** — Nickel (Komm.) beantragt Ausschußberatung. — Frl. Holtze (DN.) wünscht auch für Mädchen die Errichtung von Jugendherbergen. — Vom Senatstisch wird diese Anrege gern zur Kenntnis genommen. — Dr. Gebhard (DN.) fragt, ob diese Herberge nicht den Mädchen zur Verfügung gestellt werden könne. — Ambrosius (Dem.) fordert genaue Angabe über alle Kosten für die Jugendherbergen. Es müsse auch abgewogen werden, ob die Räume nicht zu Wohnungen verwandt werden könnten. — Senator Kulenkamp hält die Jugendherbergenbewegung für sehr nützlich. — Dr. Pieth (Soz.) betont, daß hier nur drei Jugendherbergen vorhanden seien, davon eine in völlig unbrauchbarem Zustande. — Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen.

16. Antrag: **Gesetz, betr. Erhebung eines Ufergeldes von den in Travemünde eingebrachten Heringsfängen des Jahres 1922.** — Dr. Haun (Soz.) tritt für vorläufige Beibehaltung der jetzigen Abgabe ein. Der Senatsantrag bringe den Fischern eine höhere Belastung. Für den Antrag spreche die Finanzlage des Staates, dagegen der Grundsatz steuerlicher Gerechtigkeit. Seine Fraktion könne nicht die Hand dazu bieten, daß einem einzelnen Stande eine Sondersteuer auferlegt werde. Auch die Fischer seien schon mit anderen Steuern bedacht; neben der Einkommensteuer mit Gewerbe- und Umsatzsteuer, sowie mit einer besonderen Ringwadenabgabe. Der Antrag mache auch eine Marktordnung notwendig und führe zur Anstellung weiterer Beamten. Mehreinnahmen seien auch nur zu erzielen, wenn der Heringsfang einschlage. Würden sich die Heringe nicht einstellen und die Lübecker Bucht meiden, dann erziele der Staat eine Mindereinnahme und habe Mehrausgaben. Uebrigens sei der bisherige Zustand recht günstig gewesen. Neue Steuern würden wieder auf den Verbraucher abgewälzt und die Lebensmittel seien mit indirekten Steuern schon genug belastet. Auch der Reichsfinanzminister würde dem Gesetz widersprechen. Die alte Abgabe von 750 Mk. pro Ringwade habe 36 000 Mk. eingebracht. Redner stellt den Antrag, das bisherige Gesetz auf ein Jahr zu verlängern.

Senator Dr. Stooß hat gegen eine Ausschußberatung nichts einzuwenden. — Die Verhandlung dauert fort. 10¾ Uhr.

Aus aller Welt.

Reingoldene Weihnachtsnüsse. Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin untersuchten Kriminalbeamte einen aus Rumänien eingetroffenen Transport von Wal- und Haselnüssen. Der erste Sack barg neben Nüssen ungefähr 4 Kilo Reingold, das in Nußform zwischen die Nüsse gemischt war. Ein zweiter Sack brachte eine Papierrolle zum Vorschein, die 9 Kilo österreichisches Silbergeld enthielt. Festgestellt wurde, daß aus Rumänien 4 oder 5 Wagenladungen Nüsse eingetroffen sind, die vermutlich alle mit Gold und Silber gefüllt waren. —

Sturmverheerungen in Dänemark. Der Nordwestorkan hat, wie aus Kopenhagen gedrahtet wird, in Dänemark und Schweden furchtbare Verwüstungen angerichtet. Weite Landstrecken sind überschwemmt, wobei viele Gehöfte stellenweise bis zum Dach von den Fluten untergraben wurden und einstürzten. Die Bewohner sind in Booten gerettet worden, doch ist viel Vieh ertrunken. Zahlreiche Häuser wurden vom Sturm umgerissen. Bei Helsingör ist eine Anzahl Villen und Fischerhäuser mit der herabstürzenden Böschung im Meer verschwunden. Die Wege an der Küste sind unfahrbar. In Kopenhagen steht in einzelnen Stadtteilen das Wasser so hoch, daß die Bewohner Kähne benutzen müssen. Viele Dampfer treiben steuerlos in den dänischen Gewässern umher, und aus allen Gegenden kommen Meldungen von Strandungen, darunter auch von mehreren deutschen Schiffen. Die Fährschiffverbindung zwischen Gjedser und Warnemünde konnte am Sonntag nicht aufrechterhalten werden. Die Zahl der bei dem Orkan Umgekommenen ist noch nicht festgestellt.

Theater und Musik.

Von Hans Henny Jahnn, dem Kleistpreisträger von 1920, erschien im Konrad Hanf Verlag, Hamburg, eine historische Tragödie „Die Krönung Richard III.". Das Werk wurde bereits im Manuskript vom Leipziger Schauspielhaus zur Uraufführung erworben, die am 28. Januar 1922 stattfinden wird.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Heimatschutz und Volkswirtschaft

sind gut miteinander zu vereinen. Mitunter aber gelingt es, beide gleichzeitig tot zu schlagen. Im Schellbruch werden wir es erleben — wenn nicht in letzter Minute beiden Rettung kommt. Mit größter Schnelligkeit soll dort in den nächsten Tagen ein größeres Areal — etwa 2—3 Hektar — abgeholzt, ausgerodet und als Wiese hergerichtet werden. Der geplante Freihafen wird bereits einen größeren Teil des Schellbruchs vernichten, nun soll auch der Rest geopfert werden. Den Leuten des grünen Tisches wollen wir nichts von den Schönheiten erzählen, sie werden es doch nicht verstehen. Um so beweglicher wird der Verlust denen sein, die immer wieder die Schönheiten dieses stillen Winkels genossen haben, den sie in so kurzer Zeit auf einem Spaziergang von Lübeck erreichen konnten. Und die waldumrandete Siedlung Karlshof? Sie wird den Schutz des Waldes gegen die kalten nördlichen Winde verlieren und schönheitlich eine bedauerliche Einbuße erleben. Also liegen wohl sehr wichtige Gründe vor, die zu so schweren Eingriffen nötigen? Urteile selbst, verehrter Leser: Ein Israelsdorfer Bauer soll von seinem Land dem Staat einen Teil abgeben, den dieser für die neuen Anlagen eines großen Freihafens nebst Uferbahn und Industrie braucht, weil ein so gewaltiger Aufschwung infolge des Kriegsverlustes erwartet wird, daß die früheren und inzwischen hergestellten Hafenanlagen nicht mehr ausreichen. Als Entschädigung soll er unter anderem für das abgegebene Land einen Teil des Schellbruchs erhalten, die der Staat abschlägt, rodet, ebnet. Volkswirtschaftliches Ergebnis: Der Bauer, der auf 10 Jahre noch das Land, das der Staat behalten soll, zur Nutzung behält, vergrößert seine Wirtschaft in der Nähe der Großstadt, wo der Staat sonst erklärt, nicht mehr als 1000 Quadratmeter an einen Siedler abgeben zu können. Die Leute, die bisher in kleinen Parzellen die Nutzung des Stückes hatten, und daraus das Futter für ihr Kleinvieh holten, besonders Ziegen, haben keinen Ersatz — sie sind ja nur Pächter! Während sie vorher in Hinsicht auf die Milchversorgung bisher den Markt nicht in Anspruch nahmen, wird das nunmehr geschehen. Da die Ziege bekanntlich aus demselben Futter doppelt soviel Milch erzeugt, wie die Kuh, wird also an Stelle der ausgefallenen Ziegenmilch nur die Hälfte Kuhmilch treten die nebenbei nicht so wertvoll ist. Können wir es uns leisten, die Lebensmittelerzeugung einzuschränken, oder müssen wir sie mit ganzer Kraft steigern? Welches Staatsinteresse liegt vor, die Milcherzeugung einzuschränken? Eine Bauernstelle zum Nachteil der etwa 10 kleinen Leute zu vergrößern? Die Schönheit des Waldes und der Siedlung zu stören? Die wirtschaftliche Notlage der Siedler, die sich auf ihren viel zu kleinen Stellen schon jetzt kaum halten können, noch zu steigern? Angesichts dieser vielleicht nicht vorausgesehenen, jedenfalls kaum gewollten, sicher nicht zu billigenden Wirkungen muß sofort ein Weg gefunden werden, sie zu verhindern. Aber größte Eile tut not!

H. Brehmer.

Schließung des Finanzamts vom 24. bis 31. Dezbr.

Zwecks Abschlusses der Einkommensteuerveranlagung bleibt das Finanzamt in der Zeit **vom 24. bis 31. Dezember einschließlich** für den Verkehr mit den Steuerpflichtigen **geschlossen.** Zur Abfertigung gelangen **nur** Personen, welche Vorladungen für diese Zeit erhalten haben. Ferner werden **eilige** Paß-Sachen sowie **eilige** Reichs- und Landesstempelsteuersachen erledigt.

Die Finanzkasse bleibt am Sonnabend, dem 24. und Sonnabend, dem 31. d. M. geschlossen.

Lübeck, den 21. Dezember 1921. (10897

Das Finanzamt.

Handarbeiten

zu herabgesetzten Preisen.

Zentrale für private Fürsorge.

10929) Königstr. 19. Fernruf 8744.

Zentrale für private Fürsorge

vom 24. Dezbr. bis 2. Janr. keine Sprechstunde.

Abt. Familienhilfe und Mittelstandsselbsthilfe

geschlossen.

Abt. Krankenversorgung

von 10—12 Uhr nur für Krankheitsfälle.

Abt. Mittagstisch I und Krankenkost

24., 25. und 26. Dezember geschlossen.

Abt. Mittagstisch II, Fischstr. 17

24., 25. und 26. Dezember geschlossen.

Markthalle

Freitag und Sonnabend ununterbrochen bis 6 Uhr abends geöffnet. (10893

Für die Gratulationen und Geschenke zur silb. Hochzeit danken wir herzlich (10933

Gustav Johannßon
und Frau **Martha**
geb. **Bebensee.**
Hundestraße 8.

Verband der Maler.

Am Montag, d. 19. Dezbr. verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege

Joh. Mauß.

Ehre (10915 seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, d. 23. 12. auf dem Vorwerk. Friedhof statt. (10915

Der Vorstand.

Heute morgen 2½ Uhr starb an Gehirnschlag unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater (10869

Friedr. Schütt

im 80. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Kindern, Enkeln u. Urenkeln.

Wakenitzm. 186.

Beerdigung am Freitag, 23. Dezbr. vormittags 10½ Uhr von der Kapelle Burgtor.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute sanft mein lieber Mann und mein guter Vater (10935

Wilhelm Kähler

im 64. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Louise Kähler,
geb. Schmidt
Carl Kähler und Frau
geb. v. d. Ah.

Lübeck, 21. Dez 1921
Hartengrube 52.

Trauerfeier: Dienstag, den 27. Dez., nachm. 2.45 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Dienstag morgen entschlief nach kurzem schwerem Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter (10925

Charlotte Tamm,

geb. Kobbe,
i. Alter v. 54 Jahren.

In tiefer Trauer:
Joh. Tamm.
R. Haas und Frau, geb. **Tamm.**
M. Anderssen, geb. **Kobbe.**
A. Kobbe und Frau.

Trauerfeier am Dienstag, 27. Dez., nachm. 2¼ Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Nach langer schwerer Krankheit starb unser einziger geliebter Sohn (10919

Peter-Paul.

In tiefer Trauer
Stanislaus Baras und Frau Aug. geb. Kagreizki
Großeltern.
Onkeln und Tanten.

Kolonie Kücknitz.

Beerdigung Sonnabend, d. 24. Dez., 3 Uhr a. d. Friedhof Waldhusen.

1 u. Plüschbez.-Sofa, wchs. Terr., 1 Zith. z. verk. 10881) Hüxstr. 90, Hths.

1 gebrauchte und 1 neue elektrische Fahrr.-Lampe. 10926) Holstenstr. 19 I.

Zu verk. 1 Gaszuglampe 10916) Hafenstr. 10, III.

Z. v. Puppenstube u. Küche 10880) Ludwigstr. 82, pt.

Fast n. st. Konfirmandenhut b. z. vk. Arnimstr. 11 b. (10914

Zu verk. 1 Paar eleg. neue Herrenstiefel Gr. 39. 250 Mk. (10982) Aljstr. 31.

Danksagung.

Hierdurch sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Arbeitern und Beamten des Schlachthofes, d. Verband der Staatsarbeiter, sowie d. Meckl. Plattd. Verein, auch Hrn. Pastor Haensel für die trostreichen Worte am Sarge d. Entschlafenen

J. Böttcher

unsern herzlichsten Dank.
H. Böttcher u. Frau.
B. Böttcher u. Braut.
Lübeck, den 21. Dezember 1921. (10907

Suche Stelle als Haushälterin. Arb. bevorzugt, wenn auch m. Kind. Ang u. **L. K. 8** a. d. Exp. (10900

4 Trittnähmaschinen (Rund- u. Langschiffchen) 6 Handmaschinen m. u. o. Kasten, alle sehr gut erhalten. Nähm.-Hdlg. Karpfenst. 30. (10920

1 Puppenwag., Schlitten zu verkaufen. (10918 Friedenstr. 60 II.

Möven-Garn. (Hut, Muff, Kragen) f. kl. Mädch. z. vk. 10921) Feldstr. 23 II.

Prima **Ferkel und Zugänger** zu verkaufen. 10938) **Aug. Holst,** Schönkampstr. 18.

1 Schneiderpuppe mittl. Fig. z. kfn. ges. Ang u. **P. Z.** a. d. Exp. (10956

Gebr. Kleiderschr. zu kaufen ges. Ang. m. Pr. u. **D F 14** a. d. E. (10904

Zu kauf. gesucht **Samtmantel** 10905) Vegelaustr. 7.

Ges. 2 Kinderwagenräder (Syst. Naehter). Ang. u. **B. K.** a. d. Exped. (10894

Schirme werden repariert 10913) Warendorpstr. 50, I.

Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.
8404

Empfehle z. Weihnachtsfeste:

Prima Hammelfleisch	Pfd.	12 Mk.
Prima Hack . . .	Pfd.	12 Mk.
Prima Rindfleisch .	Pfd.	14 Mk.
Bratenstücke . . .	Pfd.	16 Mk.
Schweinefleisch		
Ausgebr. Talg . .	Pfd.	24 Mk.
Prima Mettwurst .	Pfd.	26 Mk.
Gekochte Mettwurst	Pfd.	22 Mk.
Leberwurst	Pfd.	20 Mk.
Teewurst	Pfd.	28 Mk.

Carl Möller, Wickedestraße 44.
10924) Fernruf 2336.

Spezialität: Verlobungsringe!

333 gest. v. 200 M, 585 gest. v. 400 M an, 750 u. 900 gest. in allen Preislagen Mod. Schmucksach., Kett., Schmuckringe, Armbd., Halskett. usw. Tasch.-, Armb. u. Weckeruhr.

Weihnachts-Geschenke! (10909

Willi Westfehling

Uhrmacher u. Juwelier. Holstenstraße **32**

16 Markthallenstand 16

Der große Andrang beweist, daß meine

fetten Ochsen- und Hammelbacken

ohne Knochen 9.— und 6.50 die besten sind.
Achten Sie auf Stand 16. (10917

Weihnachtsgeschenk

Lose

für die Wohltätigkeits-Verlosung der Zentrale für private Fürsorge

sind zu haben (10928

Königstraße 19.

Preis des Loses 1 Mk. Ziehung 17. Januar.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16

Für die Festtage empfehle: (10895

Dick. fett. Ochsenfl.	13.—	Fett. Rindfl.	8.—
Rollfleisch, Beefst.	16.—	„ Bratenstücke	9.—
Fett. Schweinefl.	21.—	Rollfl. u. Beefsteak	12.—
Rucken u. Nacken	24.—	Gz. dick. ger. Speck	26.—
Ausgebr. Talg	24.—	Speisefett	24.—

Pelzgarnituren werd. modern u. bill. aufgearb. **D. Wagner,** 10688) Holstenstraße 8.

Hühnerfutter Vollkorn noch billig. 10902) Schwart. Allee 97.

Johs. Tollgreve, Goldschmied, **92** Königstraße **92** Fernruf 3016.
Moderne Schmucksachen
Trauringe
Silberne und versilberte **Eßbestecke** (10908

Allen Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß ich jetzt die bisher von Herrn **Franz Schulz** geführte

Wirtschaft Johannisstr. 28

übernommen habe und bitte ich, das meinem Vorgänger gezeigte Wohlwollen auch auf mich zu übertragen. (10927

Hochachtungsvoll

Harry Dreisow.

Empfehle zum Feste:

Prima fettes Füllenfleisch

Rauchfl., ger. u. gek. Mettwurst. (10901

C. Kühn, Schulstraße 9b

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Schmalz u. Margarine billiger.

Schweine-Schmalz Ia. . .	Pfd. 25.—	Mk.
Margarine	„ 22.—	„
Speisetalg	„ 20.—	„

Ferner empfehlen wir zum Fest aus eigener Schlachterei

Ia. Wurstwaren.

Zu haben in allen Abgabestellen.

Ferner sehr preiswert

Feigen	Pfd. 10.—	Mk.
Kunsthonig	„ 4.10	„

10906

Ochsenbacken, allerbeste, fette ungesalzene Ware, Pfd. **8.50.**
Koeppcke, Klingenberg 3—4. (10984

Achtung! Achtung!
Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen!
Es ist Tatsache, daß ich die **besten Ochsen- und Hammelbacken in der Markthalle** habe. (10922
Achtet auf Markthallenstand **9.**
Martin Nehlsen.